Nr. 237. 34. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 80 Pfg. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochentagsnummern 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,90 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. monatlich. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Der Anzeigenpreis
beträgt f. die siebengespaltene Kolonelzeile 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen 50 Pfg., politische u. gewerkschaftliche Vereinsanzeigen 40 Pfg die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 30. August 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Zur Geschichte der russischen Mobilmachung.

Enthüllungen im Prozeß Suchomlinow.

Stockholm, 28. August. (W. T. B.)

„Nowoje Wremja" vom 26. August berichtet: Im Suchomlinowprozeß begann das Zeugenverhör. Als erster Zeuge sagte der frühere Stabschef des Höchstkommandierenden General **Januschkewitsch** aus. Verteidiger Sacharin fragte den Zeugen, ob ihm am Tage der Mobilmachung nicht der Exzar telephoniert habe, die Mobilmachung sei aufzuschieben oder einzustellen. Zeuge antwortete, ein solches Telephongespräch habe tatsächlich stattgefunden, es habe sich aber nur um Abänderung der allgemeinen Mobilmachung in eine Teilmobilmachung der vier Südwestbezirke gehandelt. Auf Antrag der Verteidigung, sein Telephongespräch mit dem Exzaren detaillierter wiederzugeben, erzählt Zeuge die Umstände, welche der Kriegserklärung vorangingen. Zu Anfang war beschlossen worden, nur die Teilmobilmachung der vier Bezirke zu erklären, um Oesterreich-Ungarn zu schrecken, dann aber wurde die Frage anderweit entschieden. Am 30. Juli wurde nach meinem Vortrag beim Exzaren die Gesamtmobilmachung unterzeichnet. Auf der Gesamtmobilmachung bestehend, sagte ich damals, es sei unbedingt erforderlich, unsere Haltung nicht nur Oesterreich, sondern auch dem hinter seinem Rücken stehenden Deutschland bestimmt zu zeigen. (Folgt eine kurze Telegrammverstümmelung.) Wir waren uns bewußt, daß der Zar sich nicht ohne weiteres dazu ablehnend verhalten konnte, denn er wußte, daß

unser Rüstungsprogramm bis zum Jahre 1918 fertig

sein werde und es deshalb nötig sei, die Zeit bis zur Durchführung dieses Programms auszunutzen. Aus Peterhof erschien ich in der Ministerratssitzung und überbrachte den vom Exzaren unterzeichneten Mobilmachungsukas, aber noch am selben Tage, etwa gegen 11 Uhr abends, wurde ich vom Zaren ans Telephon gerufen. Es wurde mir die Frage gestellt, wie weit die Mobilmachung gediehen sei,

ob man nicht um die allgemeine Mobilmachung herumkäme,

ob man sie nicht durch eine Teilmobilmachung lediglich gegen Oesterreich ersetzen könne. Ich antwortete, das sei außerordentlich schwierig, es drohe mit katastrophalen Folgen, die Mobilmachung habe bereits begonnen. 400 000 Reservisten seien bereits einberufen. Da erklärte mir der Exzar bestimmt, er habe vom Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten, in welchem sich jener mit seinem Ehrenwort dafür verbürge, daß, falls die allgemeine Mobilmachung nicht erklärt werde, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wie bisher freundschaftlich bleiben würden. Nach dieser Unterredung mit dem Exzaren fuhr ich zu Ssasonow und überzeugte ihn, daß man jetzt eine Aufhebung der allgemeinen Mobilmachung nicht bewerkstelligen könne. Es wurde beschlossen, daß er am Morgen dem Kaiser neuen Vortrag halte. Tatsächlich hat er diesen Vortrag gehalten, und am folgenden Tage um 4½ Uhr fand eine Beratung im Schlosse statt, an welcher Ssasonow, Suchomlinow und ich teilnahmen. In etwa 10 Minuten hatten wir beschlossen, daß keine Möglichkeit vorhanden sei, die allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen, und daß die Aufhebung der Mobilisation für Rußland verderbenbringend sei.

Nach dem Zeugen bittet **Suchomlinow**, Ergänzungen zu der Aussage machen zu dürfen. Er spricht sehr einfach, macht weitausholende Gesten mit den Händen, schlägt sich an die Brust. „In der Nacht zum 30. Juli," erklärt er, „läutete mich der Exzar an und befahl mir, die Mobilmachung aufzuheben. **Ich erhielt einen direkten Befehl, einen bestimmten Befehl, der keinerlei Erwiderungen zuließ.** Ich war ganz benommen. Die Mobilmachung war bereits erklärt, und bei einer Rückgängigmachung drohte eine Katastrophe. Was sollte ich tun? Ich wußte, daß es unmöglich sei, die Mobilmachung rückgängig zu machen, daß es technisch undurchführbar sei; was würde da in Rußland vorgehen? Weiß Gott, was da für ein Brei herausgekommen wäre! Ich fühlte, daß ich zugrunde gehe. Eine halbe Stunde nach dem Gespräch mit dem Exzaren läutet mich Januschkewitsch an, er sagt mir, der Zar habe erklärt, die Mobilmachung einzustellen. Und was haben Sie ihm geantwortet? fragte ich ihn und sagte, daß es technisch unmöglich sei, aber der Zar befahl trotzdem, die Mobilmachung einzustellen. General Januschkewitsch fragte mich nun, was jetzt geschehen solle. Ich antwortete ihm: **Tun Sie nichts!** Ich fühlte, wie

ein Seufzer der Erleichterung

von seinen Lippen kam.

Am nächsten Morgen log ich den Zaren an und erklärte ihm, die Mobilmachung finde nur in den Bezirken der Südwestgebiete statt. **Am nächsten Morgen log ich den Zaren an und erklärte ihm, die** Mobilmachung in vollem Gange und daß es unmöglich sei, sie anzuhalten. Zum Glück brachte man dem Zaren am selben Tage eine andere Ueberzeugung bei, und ich bekam meinen Dank für die gute Durchführung der Mobilmachung, anderenfalls säße ich längst im Kerker.

Zeuge **Januschkewitsch** wird nochmals vorgerufen und läßt sich über seine Unterredung mit dem deutschen Militärattaché aus. Ich gab ihm das Ehrenwort des Generalstabschefs, daß in jenem **Moment, genau um 3 Uhr am 29. Juli, die Mobilmachung noch** nicht erklärt sei. Ich erinnere mich dieses wichtigen Momentes in allen seinen Details genau. Der Major glaubte mir nicht. Ich bot ihm an, es schriftlich zu geben, was er höflich ablehnte. Ich hielt mich für berechtigt, ihm eine solche Erklärung schriftlich zu geben, weil eine Mobilmachung in diesem Moment tatsächlich noch nicht erfolgt war. Den Ukas darüber hatte ich bei mir in der Tasche.

* * *

Die Mißwirtschaft des Kriegsministers.

Die Aussagen Suchomlinows und Januschkewitschs über den Kriegsausbruch stehen naturgemäß im Vordergrund des Interesses. Soweit andere Zeugen als der frühere Generalstabschef vernommen wurden, machen sie Suchomlinow für die Katastrophe von 1915 verantwortlich.

General Iwanow erklärte als früherer Oberbefehlshaber an der Südwestfront, er habe Nachrichten gehabt, wonach die militärischen Geheimnisse direkt von Petersburg über Warschau nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn mitgeteilt wurden. General Danilow, früherer Kabinettschef des Kriegsministers, erzählte, Suchomlinow habe ihn aufgefordert, eine ausführliche Liste aller Maßnahmen der Landesverteidigung aufzustellen, die während der fünf Jahre vor Suchomlinows Ernennung zum Kriegsminister getroffen worden waren. General Welitschko, früherer Gehilfe des Chefs der allgemeinen Leitung des Pionierwesens, hält Suchomlinow für denjenigen, der an allen Niederlagen des russischen Heeres die Hauptschuld trägt. Der Zeuge sagt: Suchomlinow unterdrückte seit seiner Ernennung zum Minister zahlreiche Organe und Räte, die zur Erörterung der Fragen der Verteidigung geschaffen worden waren. Der frühere Zar kann nicht wegen des militärischen Unglücks Rußlands angeklagt werden, da er alles durch die Brille Suchomlinows sah. Welitschko tadelte Suchomlinow, weil er, trotz lebhaften Einspruchs der Fachleute, die meisten der besseren russischen Festungen zerstörte, da er sie für unnütz hielt. Der Zeuge fügte hinzu, daß zahlreiche militärische Beamte, die, wie er, die Tätigkeit Suchomlinows getadelt hätten, abgesetzt worden seien. Der ehemalige Kriegsminister Poliwanow warf Suchomlinow vor, bei der Ausführung der nach dem russisch-japanischen Kriege angeordneten Reformen nicht energisch genug gewesen zu sein.

Der ehemalige Ministerpräsident und Finanzminister Graf Kokowzew sagte aus, daß der Finanzminister niemals nach dem Russisch-Japanischen Kriege die militärischen Kredite verweigert habe. Während der fünf Jahre, in denen der Zeuge mit Suchomlinow zusammengearbeitet habe, habe der Kriegsminister keinen Geldschwierigkeiten gegenübergestanden. Das Geld sei immer angewiesen, aber nie ausgegeben worden.

Als Zeuge sagte der ehemalige Großfürst Sergius Michailowitsch, früher Generalinspekteur der Artillerie, aus: Er arbeitete bis zum Jahre 1912 ein Projekt zur Neubewaffnung der Artillerie aus, das bis 1913 ohne jede Förderung blieb. Der Großfürst sagte, Suchomlinow habe die persönlichen Berichte der Chefs an den Zaren unterdrückt. **Der Kriegsminister habe bewiesenermaßen verhindert, daß neue Geschütze bei den Schneiderwerken hergestellt wurden.** Der frühere Handelsminister Timaschew erklärte, daß in der Zeit von 1909 bis 1915 der Kriegsminister ihn nicht ein einziges Mal um Zuziehung der Beisitzer von Geschützwerkstätten zur Landesverteidigung ersucht habe.

Nochmals: das Angebot gegen . . .

Wie es „richtig" heißen muß!

Angebote richtet man nach den Regeln der deutschen Sprache an jemand, sowie man sich mit jemand (und nicht gegen jemand) verlobt. Die „Nordd. Allgem. Ztg." bleibt aber hartnäckig dabei, von einem Angebot gegen die Verbündeten Rußlands zu sprechen. Sie berichtigt sich nämlich jetzt dahin:

> In unseren Ausführungen zur Rede Kerenskis (Nr. 238, Erste Ausgabe) ist der Satz Absatz 5 von oben, Zeile 11 bis 14 von oben nicht richtig wiedergegeben. Er muß richtig heißen: „Ein angeblich zweites Sonderfriedensangebot, das sich gegen die die Verbündeten Rußlands gerichtet hätte, existiert nur in der Phantasie des russischen Ministerpräsidenten."

Im unberichtigten Text hieß es: „Ein angebliches zweites Sonderfriedensangebot das Bethmann Hollweg gegen usw." Die Berichtigung will wohl sagen, daß weder Bethmann Hollweg noch dessen Nachfolger ein Sonderfriedensangebot „gegen die Verbündeten Rußlands" gerichtet hat. So kommt man der Klarheit allmählich näher, und es bleibt nur noch übrig festzustellen, was ein gegen wen gerichtetes Angebot ist. Wenn sich der Herr Verfasser des offiziösen Artikels nun die rechte Mühe gibt, wird es ihm schon gelingen, verständlich auszudrücken, was er eigentlich gemeint hat.

Die „J. K." erzählt, im gestrigen „Vorwärts" habe sie gelesen, „nicht Bethmann, sondern eine andere Stelle habe ein Sonderfriedensangebot an Rußland gerichtet". Diese Behauptung des „Vorwärts" sei falsch. In Wirklichkeit hatten wir nicht von einem Sonderfriedensangebot, sondern von einem zweiten Friedensangebot an Rußland gesprochen, und diese Behauptung ist, wie auch die „J. K." wissen muß, richtig. Falsch ist nur ihr Zitat.

Reichstags-Neuwahlen unter Regierungsdruck.

Unsere Offene Anfrage druckt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" ab und antwortet gleich darauf. Da er zu seiner Antwort etwa den dreifachen Raum unserer Anfrage benötigt, so können wir seinem Ansinnen, gleichfalls seine Erwiderung in vollem Wortlaut abzudrucken, bei der herrschenden Papierknappheit nicht nachkommen. Doch wollen wir immerhin die von Graf Reventlow selbst als wichtigsten Teil der Antwort bezeichneten Absätze hier wiedergeben. Graf E. R. schreibt:

> Nun die Hauptfrage, auf die ich dem „Vorwärts" gern Antwort gebe! Ich bin überzeugt, und die „Deutsche Tageszeitung" hat das schon wiederholt klar gesagt, daß hinter der jetzigen Reichstagsmehrheit, insbesondere hinter ihrem Friedensprogramm nicht die Mehrheit des Volkes steht und daß sich dieses zeigen würde, wenn man nach einer gründlichen, im größten Stile betriebenen Aufklärung die Probe auf das Exempel machte. Der „Vorwärts" weiß, was er tut, wenn er diese unsere Forderung und Voraussetzung einer autoritativen gründlichen Aufklärung seinen Lesern verschweigt. Denn er weiß ebenso genau wie die Vertreter der sogenannten Reichstagsmehrheit, daß sie und ihre Presse die Wählermassen künstlich im Dunkeln halten. Dieselbe Taktik zeigt der „Vorwärts", wenn er für Neuwahlen die Parole ausgeschrieben wissen möchte: „Hie Verständigungsfriede — hie Gewaltfriede." Dabei weiß das Blatt sehr gut, daß es hierauf nicht ankommt. Die Frage ist die und die Parole würde dementsprechend sein: **„Will das deutsche Volk einen Bankerottfrieden, einen Frieden der Verelendung und Auflösung, oder einen Frieden, bei dem es gepeitscht kann, und den es erreichen kann, wenn es mit Siegeswillen** hinter den siegreichen Fronten durchhält? Würde die Reichsleitung diese Parole ausgeben, nachdem der Boden im deutschen Volke vorher — wie wir immer wiederholen — im größten Stile sachlich und gründlich bereitet worden wäre, so ist für mich ganz außer Zweifel, daß entweder die jetzige Mehrheit oder ihr Programm des Bankerottfriedens weggeschwemmt würde.

Graf Reventlow spricht dann die Vermutung aus, daß bei einem solchen Wahlkampf die jetzige Reichstagsmehrheit wahrscheinlich schon um der Mandate willen „das Bankerottfriedensprogramm möglichst unauffällig, aber, wenn nötig, auch radikal „revidieren" würde, sobald sie sähe, daß es wirklich Ernst wäre". Er behauptet dann weiter, daß die Mehrheitsparteien und namentlich auch der „Vorwärts" die Wähler mit Gewalt im Dunkeln hielten und stellt uns die Frage, auf die wir angeblich seit Jahr und Tag nicht eingegangen seien, wie wir uns die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und die Existenz des Deutschen Reiches bei einem Scheidemann-Frieden sachlich denken. Dann fährt er fort:

> Ich hoffe, daß diese Antwort, — welche dann allerdings im Sinne der Reichsverfassung tatsächlich leiten muß —, selbst dem „Vorwärts" klar genug ist, also: entschließt sich die Reichsleitung zu einer solchen autoritativen Aufklärung, so würde ich eine dann erfolgende Auflösung des Reichstags, falls sie dann noch nötig sein sollte, begrüßen und ihren Erfolg im nationalen Sinne für sicher halten. Beseitigung der Mehrheit und ihres Programmes, oder ihrer und ihres Programmes öffentliche und effektive Entwertung würde dem Ergebnisse nach auf dasselbe herauskommen. Die das Deutsche Reich jeweilig leitenden Männer würden sich nicht durch Pflicht, sondern auch mit allem inneren Recht als Mandatare des ganzen deutschen Volkes fühlen, wenn sie eine dieser Methoden anwendeten, oder nach der einen die andere, wenn die eine nicht, oder schnell genug zum Ziele führt.

Zunächst eine Kleinigkeit: wir haben die Parole: „Hie Verständigungsfrieden — hie Gewaltfrieden!" vollkommen korrekt gestellt. Wenn Graf Reventlow das bezweifelt, so möge er einen Blick z. B. in die ihm geistesverwandte „Deutsche Zeitung" werfen, die in der gleichzeitig mit seiner Antwort erschienenen Nr. 437 eine Eroberungsresolution der Dresdener Alldeutschen mit den fettgedruckten Worten überschreibt: „Gegen den Verständigungsfrieden!" — Weiter: wie wir uns den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege vorstellen, haben wir unseres Wissens schon sehr oft gesagt: nämlich im Wege des Sozialismus, einer weitgehenden Verstaatlichung der Bergwerke, Schwereisenindustrie usw. und einer planmäßigen Organisierung und Leitung der gesamten Volkswirtschaft, nicht zu vergessen auch durch weitgehende Besteuerung des arbeitslosen Renteneinkommens und des Vermögenserwerbs durch Erbschaft.

Doch das alles nur nebenbei. Hauptsache ist uns die Feststellung, daß Graf Reventlow und seine Leute Neuwahlen nur wagen wollen mit Unterstützung des gesamten Regierungsapparats, der für die alldeutschen Parteiziele mobilisiert werden soll. Was sie vorschlagen, würde alle bisher dagewesenen Attentats-, Kartell- und Hottentottenwahlen bei weitem in den

Schaffen stellen, und selbst der große Wahlmacher Napoleon III. erschiene gegen Reventlow als reines Waisenkind. „Im größten Stile" soll die Regierung für Graf Reventlow Wahlmache treiben, dann getraut er sich zu siegen! Ein solcher Heldenmut verdient für alle Zeiten festgenagelt zu werden. Die Worte Graf Reventlows sind ein einziges großes Geständnis, daß selbst dieser Fanatiker des Alldeutschtums nicht daran glaubt, ohne Wahlterrorismus und behördliche Beeinflussung größten Stils im deutschen Volk eine Mehrheit für seine Ansichten finden zu können. Wir haben dem nur hinzuzusetzen, daß es ihm auch mit diesen politischen Desperadomitteln nicht gelingen würde.

Die „Deutsche Zeitung" ist da jedenfalls konsequenter, wenn sie sich auf die Frage, wie das Volk denkt, überhaupt gar nicht einläßt, sondern die Parole ausgibt: „Los vom Reichstag!" Und die „Unabh. Nationalkorrespondenz" ist konsequenter, wenn sie erklärt, der Weg zum Siege gehe über die Niederringung der deutschen Demokratie. Zwischen ihnen und dem Weltpolitiker der „Deutschen Tageszeitung" besteht freilich nur ein Unterschied der Taktik. Im Ziel, die deutsche Volksvertretung auszuschalten bei Entscheidungen, für die das deutsche Volk sein Blut stromweise vergossen hat, sind sie alle einig.

Das Volk, das früher oder später doch wieder zur Wahl aufgerufen werden muß, wird das den Herren nicht vergessen!

Der polnische Staatsrat aufgeflogen!

Wolffs Bureau meldet aus Warschau vom 29. August:

Der Provisorische Staatsrat hat beschlossen, sein Mandat niederzulegen. Ferner hat er die Bildung eines Ausschusses beschlossen, dem sämtliche Verwaltungs- und Haushaltangelegenheiten, für die der Staatsrat zuständig ist, insbesondere diejenigen betreffend Uebernahme des Gerichts- und Schulwesens, übertragen werden sollen.

Zu dieser Nachricht, die schon am 25. d. richtig war, aber erst heute mitgeteilt wird, bemerkt W. T. B. schonend: „Der bisherige Zustand wird durch diese Beschlüsse sachlich nicht verändert, da die Bildung des Ausschusses die Fortführung der Staatsratsgeschäfte sichert."

Es mag sein, daß der administrative Zustand durch dieses Ereignis nicht berührt wird, jedenfalls zeigt er eine sehr bemerkenswerte Aenderung des politischen Zustandes an. Die „Tägl. Rundschau" teilt dazu unter Bruch eines Vertraulichkeitsbeschlusses mit, daß die Reichstagsmehrheit die Schaffung einer wirklichen polnischen Volksvertretung und eines verantwortlichen polnischen Ministeriums sowie die Aufhebung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsgrenze verlangt.

Der Moskauer Nationalkongreß.

Tscheidse redet.

Petersburg, 28. August. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.)

Tscheidse, der Vorsitzende der Arbeiter und Soldatenräte ganz Rußlands, bestieg die Rednertribüne unter dem begeisterten Beifall der Linken und unter dem Zuruf: „Es lebe der Führer der russischen Revolution!" Im Namen der Vertreter einer Reihe demokratischer Vereinigungen verlas Tscheidse eine Erklärung, die hervorhebt daß nur die

tätige Mithilfe der revolutionären Demokratie

die Wiedergeburt der Armee und des Landes und die Rettung Rußlands und der Revolution ermöglichen werde, und daß nur eine Macht, die sich auf die ungeheure Volksmasse stütze, das Land aus seiner kritischen Lage retten und die äußeren und inneren Feinde besiegen könne. Tscheidse erklärte darauf, daß die geeinte revolutionäre Demokratie erkenne, daß die Lebensinteressen des Landes und der Revolution die unmittelbare Anwendung folgender Maßnahmen verlangen: Erstens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung muß die Regierung in Befolgung einer festen Politik ein **Monopol** für Körnerfrüchte und feste Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufrecht erhalten; zweitens auf dem Gebiet des Handels, der Industrie und der Landesverteidigung verlangt die Erzeugung und Lieferung der Munition durchgreifende Maßnahmen zur Regelung des Transports und zur Erhöhung der Ergiebigkeit der Industrie; drittens die Finanzen verlangen die rücksichtslose Anwendung der Gesetze bezüglich der **Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer**, ebenso die Reform der **Erbschaftssteuer** sowie die Einführung von **Steuern auf den Wertzuwachs** und auf **Luxusartikel** und andere Steuermaßnahmen. Bezüglich der Anleihen muß die Regierung kräftige Maßnahmen hinsichtlich ihrer Verteilung treffen; viertens die **Agrarreform** muß jede Aneignung von Land sowohl durch einzelne als auch durch Personengruppen oder durch die Gesellschaft verhindern; fünftens, hinsichtlich der Organisation der Armee verlangt die Erklärung eine Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Führer und Armeekommissare. Hinsichtlich der Nationalitätenfrage besteht die Erklärung darauf, daß die Vorläufige Regierung jeder Nationalität die Bestimmung über ihr Schicksal überläßt, vorausgesetzt, daß die Konstituierende Versammlung ihre Einwilligung erteilt. Der Redner beendete seine Erklärung mit einem Appell an die Vorläufige Regierung, **die mit voller Machtvollkommenheit ausgestattet werden müsse.**

In der Abendsitzung wies, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, der frühere Kriegsminister Gutschkow auf die drohende Gefahr einer Niederlage des russischen Heeres und auf die Krise im nationalen Wirtschaftsleben hin, die die Versorgung des Heeres mit Munition und Verpflegungsmitteln täglich schwieriger mache. Nach Gutschkow sprach Schulgin, der sich gegen die Loslösungsbestrebungen gewisser Teile der ukrainischen Bevölkerung wandte. Sodann verlas Kerenski

ein Begrüßungstelegramm Wilsons,

das der amerikanische Botschafter übermittelt hatte, und beauftragte unter dem Beifall der Versammlung den Minister des Aeußern Terestschenko, dem Botschafter den Dank der Konferenzteilnehmer auszusprechen. Der Abgeordnete der vierten Duma Makklakow gab seinen Zweifeln darüber Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, ihr Programm durchzuführen. Im Namen der A.- und S.-Räte sprach Tseretelli über die während der Revolution hervorgetretene Bedeutung der demokratischen Organisationen.

Die dritte Sitzung.

Der Präsident der Duma Rodzianko erklärte es in der Staatskonferenz für Rußlands Unglück, daß die revolutionäre Macht, geschaffen durch die Duma im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, welcher sich damals gerade gebildet hatte, nicht Seite an Seite mit der nationalen Vertretung ging, sondern sie beiseite schob und ihre Mitarbeit ablehnte. Daher sei diese Macht gleich unter den Einfluß der sozialistischen Verbände geraten, welche nach Angabe der Ministerien selbst wiederholt die vollständige Unterwerfung der nationalen Interessen unter die Klasseninteressen gefordert hätten.

Der Kadettenführer Miljukow stellte fest, daß unglücklicherweise selbst die zwei Monate der Koalitionsregierung lediglich durch zwei weitgehende Kapitulationen vor den utopistischen Forderungen der Arbeiterklasse und den übertriebenen nationalistischen Ansprüchen der Völker Rußlands gekennzeichnet worden seien. Die Sitzung endigte abends.

Die dritte Sitzung der Staatskonferenz begann mit einer Rede des Vertreters der Semstwos, Gruzinow, des ehemaligen Militärgouverneurs von Moskau, welcher erklärte, daß seine Gruppe sich der Erklärung der vierten Duma anschlösse, welche Rodzianko nicht Zeit gehabt hätte zu verlesen. Die Erklärung besage, die Hauptaufgabe des Augenblicks sei, Rußland vor dem feindlichen Einfall zu retten, zu diesem Zweck die Manneszucht in der Armee durch Beseitigung jeglicher Politik aus ihr wieder herzustellen, das Ansehen der Führer zu verstärken, die Machtbefugnisse der militärischen Ausschüsse auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu beschränken und dem Oberbefehlshaber die Möglichkeit zu geben, seine Macht ohne Einschränkung auszuüben.

Darauf ergriffen die Vertreter der Eisenbahnen das Wort, unter denen Frolow, der Abgeordnete des Bundes der Ingenieure, auf die

vollständige Zerrüttung des Verkehrs

hinwies, welche, wenn der gegenwärtige Zustand der Dinge anhielte, zu einem vollständigen Stillstand im November führen würde. Die Folgen dieses Umstandes, sagte der Redner, werden furchtbar sein, ebenso im Innern des Landes wie an der Front, von wo sich die Armeen nach Rußland hineinstürzen und dort vielleicht beispiellose Ausschreitungen begehen könnten. Frolow hob hervor, daß die ungemessenen Ansprüche der Arbeiter bei dieser Desorganisation eine große Rolle spielen.

Der Vertreter der Israeliten Gruzenberg hielt eine lange Rede, worin er sagte, das jüdische Volk liebe trotz der unerhörten Verfolgungen, denen es von der alten Regierung ausgesetzt war, gleichwohl sein großes Vaterland und habe mächtig zu seiner Befreiung und zu seiner Verteidigung gegen den Feind beigetragen.

Die Vertreter der Ukraine und des westlichen Rußlands, des sogenannten Weißrußlands, erklärten, ihre Völker seien bereit, dem Wohl des Vaterlandes alles zu opfern. Der Vertreter der Letten sagte, **Kurland werde niemals mit Deutschland sein.** Der Vertreter des allgemeinen Bundes der russischen Mohammedaner sagte, alle mohammedanischen Bürger Rußlands unterstützten voll die Vorläufige Regierung.

Abflauen des Kampfes im Westen — Erfolgreicher Gegenstoß bei Frezenberg — Fortschritt am mittleren Sereth — Neue Bewegung an der mazedonischen Front — Auf dem Karst alle italienische Angriffe abgeschlagen — 200 Gefangene.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. August 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unter dem Einfluß stürmischer, regnerischer Witterung blieb fast durchweg die Feuertätigkeit in mäßigen Grenzen. Zahlreiche eigne Erkundungsvorstöße brachten uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern lebte am Abend der Artilleriekampf zwischen Langemarck und Hollebeke auf. Unser Gegenstoß warf die Engländer aus der nordöstlich von Frezenberg gewonnenen Einbuchtung zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vor Verdun stärkere Kampftätigkeit der Artillerien nur auf dem Ostufer der Maas zwischen Beaumont und Damloup.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Zur Vergeltung für die Beschießung von Thiaucourt durch die Franzosen wurde von uns Noviant-aux-Prés und Pont-à-Mousson unter Fernfeuer genommen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Beiderseits des Ojtoz-Tales stürmten schlesische und österreichisch-ungarische Truppen einige Höhenstellungen und wiesen nördlich von Grozesci starke Gegenangriffe ab. Mehr als 600 Gefangene wurden eingebracht.

Gegen die Gebirgsfront zwischen Casinu- und Putna-Tal stießen die Rumänen an mehreren Stellen vor, ohne einen Erfolg zu erzielen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Am Gebirgsrande westlich des mittleren Sereth nahmen nach wirkungsvoller Artillerievorbereitung preußische, bayerische, sächsische und mecklenburgische Bataillone im Häuserkampf das Dorf Muncelul. Den geschlagenen Gegner drängten sie unaufhaltsam über mehrere Stellungen zu beiden Seiten des Susita-Tales nach Nordwesten zurück. An dem Ungestüm der Angreifer zerschellten starke russisch-rumänische Gegenangriffe.

Der Feind büßte über 1000 Gefangene, 3 Geschütze und 50 Maschinengewehre ein und erlitt empfindliche blutige Verluste.

Oestlich der Bahn Focsani—Adjudul Non lebhafte Kampftätigkeit der Artillerien.

Mazedonische Front.

Die Feuertätigkeit war vielfach stärker als in letzter Zeit, besonders zwischen Vardar und Dojran-See. Vorfeldgefechte an den Osthängen der Ridze Planina verliefen für die Bulgaren erfolgreich.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich. 29. August 1917, abends.
Keine größeren Kampfhandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. August 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Unsere bei Focsani kämpfenden Verbündeten erstürmten gestern das Dorf Muncelu und warfen den Feind über die Höhen nördlich dieses Ortes zurück. Die Beute beträgt über 1000 Gefangene, 3 Geschütze und 50 Maschinengewehre.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Tälern der Putna und Susita fühlten rumänische Abteilungen ergebnislos vor. Südlich von Okna entrissen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen dem Feind eine Höhe. 600 Gefangene sind eingebracht. Gegenangriffe wurden abgewiesen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Ringen der 11. Isonzo-Schlacht wuchs gestern zu besonderer Höhe an. Die Wucht des italienischen Angriffs war noch stärker als an den vorangegangenen Tagen. Der Erfolg blieb unbestritten unseren Waffen.

Auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligengeist richtete sich — von verschwenderisch schießenden Batterien aller Kaliber unterstützt — die Gewalt des feindlichen Stoßes vor allem gegen die Räume von Kal und Podlosce. In stundenlang andauernden schweren Kämpfen gewannen unsere Tapferen vollends die Oberhand über die durch Verstärkungen ununterbrochen genährten Massen des Gegners. Spät in der Nacht wurde der letzte italienische Ansturm abgewiesen. Außergewöhnlich heftig brandete der Kampf wiederum um den Besitz des seit Tagen heiß umstrittenen Monte San Gabriele. Als es in den Abendstunden am Nordhang einer italienischen Kampfgruppe gelungen war, in unsere Stellung einzudringen, wurde sie durch Abteilungen der Regimenter 20 (Neu-Sandec), 34 (Kassa) und 87 (Cilli) im Gegenstoß gefaßt und aufgerieben. Ein italienischer Stabsoffizier und 200 Mann blieben in unserer Hand. Ein weiterer Angriff kurz vor Mitternacht nordöstlich des Gabriele, ohne Artillerie-Einleitung angesetzt, wurde durch unser Feuer niedergestreckt. Eine mächtige italienische Angriffswelle sollte östlich von Görz und nördlich des Wippach-Tales Bahn schaffen. Nach sechsstündiger Artillerievorbereitung brach zu Mittag die feindliche Infanterie gegen unsere Linien vor.

Am Friedhof von Görz und bei Graziana wurde der Gegner durch die hervorragende Wirkung unserer Batterien, denen überhaupt reichlicher Anteil an den gestrigen Erfolgen gebührt, zum Weichen gezwungen. Bei San Marco hingegen konnte der Feind erst in erbittertem Ringen von Mann gegen Mann zurückgeworfen werden, wobei sich namentlich die bewährten Kämpfer des Nordböhmischen 2. Jägerbataillons und des kroatischen Infanterie-Regiments Nr. 96 hervortaten. In engem Kampfraume brachten wir hier Gefangene von sieben italienischen Regimentern ein. Auf der Karsthochfläche kam es zu keinen größeren Kampfhandlungen. Triest wurde neuerlich von feindlichen Fliegern heimgesucht. Die in die Stadt geworfenen Bomben richteten keinen nennenswerten Schaden an.

Der Chef des Generalstabes.

Wilsons Antwort an den Papst.

Gegen Mitteleuropa!

Nach einer Kabelmeldung aus New York erklärte Handelsminister Redfield, Wilson werde die päpstliche Note beantworten. Während die anderen Staaten der Entente mit bestimmten Absichten in den Krieg eintraten, beabsichtige Amerika nur, es in Zukunft unmöglich zu machen, daß Deutschlands Autokratie nochmals den Weltfrieden bedrohe. Die Welt sei überzeugt, daß diese Autokratie den Krieg begonnen habe, sie müsse deshalb für immer ausgerottet werden.

Wilson bestreitet, daß Deutschlands Autokratie durch den Krieg ad absurdum geführt sei. Er sieht vielmehr, wie die „Times" zu melden weiß, in dem Versuch, ein politisch und wirtschaftlich einheitliches Mitteleuropa zu schaffen, die Absicht, auch ein großes, zusammenhängendes Rekrutierungsgebiet für den deutschen Militarismus zu bilden, der nur auf eine bessere Gelegenheit warte, die deutsche Weltherrschaft zu begründen. Wilson übersieht oder will übersehen, daß der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Reiche freiwillig ist, der Versuch, ihn zu stören, daher wider das von ihm proklamierte Recht auf freie Selbstbestimmung der Nationen verstößt.

Eine wichtige Ergänzung zu dem Inhalt der Wilsonschen Note bringt Reuter. Danach wird der Präsident erklären, es sei keine Basis vorhanden, um zu Besprechungen über den Frieden überzugehen, da Deutschland seine Bedingungen nicht bekanntgegeben habe.

Die Konferenz der ententistischen Sozialisten.

Auf der Sozialistenkonferenz der Alliierten sagte Henderson, er glaube, daß nur wenige die Erklärung der Londoner Sozialistenkonferenz vom 2. Februar 1915 aufgeben oder wesentlich abändern wollten. Was in dem jetzigen Weltstreit auf dem Spiele stehe, sei für die Zukunft der menschlichen Rasse von so weitreichender und lebenswichtiger Bedeutung, daß es die leidenschaftsloseste und sorgfältigste Prüfung sowohl der Mehrheits- als der Minderheitsparteien in allen hier vertretenen Ländern erfordere. Man könne kein sehr befriedigendes Ergebnis erreichen, wenn die Mehrheitsparteien die Minderheitsparteien einfach zu überstimmen suchten. Es sei besser, ihre Meinungsverschiedenheiten anzuerkennen und durch gegenseitige Uebereinstimmung eine Grundlage für die Kriegsziele zu schaffen, die geeignet sei, einen dauernden, ehrenvollen, demokratischen Frieden zu sichern. Wenn die Entscheidung der Konferenz auch nicht bindend für die Regierungen sei, so würde sie doch in der ganzen Welt als das wohlüberlegte Urteil des arbeitenden Proletariats der vertretenen Länder betrachtet werden.

Die russischen Vertreter erklärten, daß sie an den Verhandlungen der Konferenz vollen Anteil nehmen würden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 28. August. Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote neuerdings

18000 Br.-Reg.-To.

vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen der Kalomo (5019 To), italienischer bewaffneter, vollbeladener Dampfer Eugenio, ferner ein bewaffneter englischer Dampfer unbekannten Namens, anscheinend mit Oelladung. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wie England von Holland Schiffsraum erpreßt.

Berlin, 29. August. Zur Erpressungspolitik der Entente gegen die Neutralen schreibt das Sozialistenblatt „Het Volk" vom 27. August: „Jeder weiß, daß holländische Handelsschiffe, in England angekommen, dort weder Ladung noch Steinkohlen für die eigenen Maschinen bekommen können, wenn sie nicht zwei Reisen hin und zurück nach Frankreich machen und sich dabei der U-Boot-Gefahr aussetzen. Jeder weiß, daß holländische Schiffe zur Strafe dafür, daß die meisten holländischen Reeder ihre Schiffe solchem Risiko nicht aussetzen wollen, in England und Amerika festgehalten werden. In Amerika liegen nicht weniger als siebzig Schiffe, von denen vierzig mit Lebensmitteln und Viehfutter geladen sind."

Die Frage nach Belgien.

Vom Sekretär des Anti-Oorlog-Raad erhielt die Deutsche Friedensgesellschaft eine vom 18. datierte Depesche, in der es heißt:

„Ein aus England empfangenes zuverlässiges Privattelegramm teilt uns folgendes mit: Eine unbedingte Erklärung des Kanzlers, welche die **vollständige Freiheit Belgiens** garantiert, würde ein erster essentieller Schritt zum Frieden sein. Solche Erklärung würde zweifellos die internationale Lage ändern."

Die Depesche ist „aus militärischen Gründen verzögert".

Hilfsdienstausschuß.

Der Vorsitzende Abg. Gothein brachte bei Beginn der Sitzung am Mittwoch ein Abschiedsschreiben des General Gröner zur Verlesung. Der Ausschuß beschloß an General Gröner ein Dankschreiben zu richten. Der Vorsitzende richtet dann einige Begrüßungsworte an den Chef des Kriegsamts, General Scheuch. Der Ausschuß wandte sich nun der Behandlung von Petitionen zu.

Abg. Hoch (Soz.) brachte noch einmal das Vorgehen gegen die **Dunlop-Gesellschaft** in Hanau zur Sprache. Der Ausschuß habe die Angelegenheit zur nochmaligen Prüfung dem Kriegsamt überwiesen, ohne daß eine Aenderung eingetreten wäre. — General Scheuch erklärt, daß ihm die Einzelheiten nicht bekannt seien; er versichert, in den Bahnen seines Vorgängers wandeln zu wollen. — Ein Vertreter des Kriegsamts behauptet, daß gegen die Dunlop-Gesellschaft ganz ordnungsgemäß verfahren worden ist. — Abg. Hoch stellt demgegenüber fest, daß die Fabrik erst Mitteilung von der Schließung erhalten hat, als Verhandlungen nicht mehr möglich waren. Die Dunlop-Werke, als ein ursprünglich englisches Unternehmen, sind ein Opfer der Konkurrenz geworden. Von diesem Treiben hat sich die Militärverwaltung offenbar beeinflussen lassen. Deshalb müsse eine genaue Nachprüfung stattfinden; der Betrieb darf nicht der Konkurrenz zum Opfer fallen. — Die Darlegungen des Abg. Hoch werden vom Abg. Müller-Fulda nachdrücklich unterstützt. — Die anschließende lange Debatte endete mit der Annahme eines Antrages, der die Vorlegung der Grundsätze für die Stillegung von Betrieben fordert. Der Antrag des Abg. Hoch, im Falle Dunlop die Beschlußfassung auszusetzen, wurde angenommen.

Ein Vertreter des Kriegsamts besprach dann die Schwierigkeiten der **Versorgung mit Kohle**, die einen ganz erheblichen Einfluß auf die Stillegung der Betriebe hat. — Aus dem Kreise des Ausschusses wird angeregt, alle Stillegungs-Angelegenheiten der Nachprüfung durch den Ausschuß zu unterstellen. Dann wird diese Anregung noch dahin ausgedehnt, daß der Ausschuß vor den Stillegungen vorher informiert wird.

Für die Regelung der Verhältnisse in den **Brauereibetrieben** soll eine besondere Reichsstelle geschaffen werden, nachdem sich ergeben hat, daß viele Brauereien große Hypothekengeschäfte sind, die eigentlich nur nebenbei Bier herstellen. — Von einem Redner wurde hervorgehoben, daß gegen die Brauereien scharf vorgegangen werden müsse. Von anderer Seite wieder wurde zur Vorsicht gemahnt, wenn es auch richtig sei, daß die Brauereien jetzt fast nur noch gefärbtes Wasser herstellen. — Eine Petition, der zur Norddeutschen Brausteuergemeinschaft gehörigen Brauereien um möglichste Berücksichtigung, wird dem Kriegsamt als Material überwiesen. — Eine Reihe anderer Petitionen ging von einzelnen Unternehmern aus, die mit der Beschränkung ihrer Betriebe nicht einverstanden waren.

Zur Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat die Einbringung einer Interpellation beschlossen, in der der Regierung die Frage gestellt wird, ob sie, der Ankündigung in Preußen folgend, die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts vorzubereiten und dem kommenden ordentlichen Landtage eine Vorlage darüber zu machen gedenke. Die sächsische Regierung hatte sich bekanntlich vor der Vertagung des Landtags Anfang Juli für unveränderte Beibehaltung des Pluralwahlrechts ausgesprochen.

Letzte Nachrichten.

Moskauer Nationalkongreß.

Moskau, 28. August. Der ehemalige Oberbefehlshaber General Alexejew klagte über die Soldatenausschüsse, welche dem Heere wohl wirtschaftliche Dienste leisteten, aber die Mannszucht sehr schädigten. Die Offiziere seien wahrhafte Märtyrer geworden und hätten die Offensive vom 1. Juli und den letzten Rückzug teuer bezahlt. Alexejew führte unerhörte Tatsachen an, zum Beispiel eine Truppe, die, aus 28 Offizieren, 20 Unteroffizieren und 2 Mann bestehend, zum Angriff vorging, während die anderen dem Untergange dieser Helden kaltblütig zusahen.

Frau Breschko Breschkowska, genannt die Großmutter der russischen Revolution, wohnte der Konferenz bei und sprach einige Minuten unter dem lebhaften Beifall der ganzen Versammlung. Sie schloß mit dem Appell, endlich von Worten zu Taten überzugehen und der Armee zu helfen, des Feindes Herr zu werden. Krapotkin hielt eine längere politische Rede, worin er die schwerwiegenden Folgen aufzählte, die ein deutscher Sieg haben würde. Er schloß mit dem Wunsche, daß Rußland endlich zur föderativen Republik ausgerufen werden möge. Dieser Wunsch, der zum erstenmal auf der Konferenz ausgesprochen wurde, entfesselte eine langanhaltende Kundgebung zu Ehren des großen revolutionären Rußland. Plechanow erhob lebhaften Einspruch gegen die Behauptung gewisser Narren, daß die revolutionäre russische Demokratie bereit sei, einen **Sonderfrieden mit Deutschland** zu schließen. „Ich verspreche im Namen dieser Demokratie," rief Plechanow aus, „daß sie niemals die Hand zu solcher Schande bieten wird, denn das wäre Verrat an den großen Demokratien Frankreichs und Englands." Langanhaltender Beifall.

Der Hauptausschuß über den Belagerungszustand.

Am Mittwoch wurden Zensur und Versammlungswesen unter dem Belagerungszustand besprochen.

Abg. **Dove** (Vp.) schilderte, wie die Zustände für die Presse unhaltbar geworden seien. Er ging besonders auf den Fall der „Frankf. Ztg." ein, über den noch immer keine genügende Antwort der Reichsleitung vorliege. Die Besserung in einzelnen Fällen genüge nicht, vielmehr sei eine Aenderung des Gesetzes über den Belagerungszustand unabweislich.

Abg. **Dittmann** (Unabh.):

Die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes ist das Spiegelbild der tatsächlichen Machtverhältnisse im Reich. Sie sei die beste Beantwortung der Streitfrage, wer bei uns regiert, ob die Alldeutschen, die Junker, die Schwerindustriellen oder der Mittelblock. Allerdings ist es richtig, daß die Alldeutschen eine verschwindende Minderheit im Volke bilden; aber sie besitzen alle Machtmittel im Staat. Sie sind vertreten **in der Heeresleitung** und beherrschen durch sie die Regierung. **Der neue Reichskanzler ist ein Werkzeug der Militärdiktatur.** Daher ist den Alldeutschen die ausgedehnteste Agitation gestattet, sowohl im Lande, als auch an der Front, während die oppositionellen Kreise niedergedrückt werden. Jeder, der auch nur für den Frieden eintritt, wie er im Reichstagsbeschluß vom 19. Juli gefordert wird, wird auf Schritt und Tritt gehemmt. — Redner schildert nun in einer langen Reihe von Fragen, daß Angehörige seiner Partei und anderer oppositioneller Kreise in der rücksichtslosesten Weise unterdrückt werden. Er führt u. a. einen Geheimerlaß des stellvertretenden Generalkommandos des 6. Armeekorps in Breslau an. Darin wird gegen die Unabhängigen der Vorwurf erhoben:

„Sie agitieren sowohl gegen die Fortsetzung des Krieges als auch gegen die bestehenden Staatseinrichtungen in einer Weise, die auf den Willen des Volkes, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen, zersetzend wirkt. Diesem gefährlichen Treiben der Unabhängigen Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden und ihr muß die Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke unterbunden werden. Schlechthin alle Versammlungen zu verbieten, erscheint freilich schon mit Rücksicht auf das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr!" nicht angängig. Ich bestimme aber:

1. Treten Mitglieder dieser Partei in Versammlungen als Redner auf, ohne angemeldet zu sein, oder führen angemeldete Redner hetzerische Reden, so sind die Versammlungen sofort aufzulösen. Dies trifft auch dann zu, wenn Reichs- und Landtagsabgeordnete in Frage kommen.

2. Angriffe gehässiger Art auf die rechtsstehenden Teile der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie sind, da sie den Burgfrieden stören, gleichfalls ein Auflösungsgrund für Versammlungen.

3. Erörterungen über das Hilfsdienstgesetz in den Versammlungen in dem Sinne, daß es als arbeiterfeindlich hingestellt oder sonst herabgewürdigt wird, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden."

In einer ganzen Reihe von Orten seien dann auch Versammlungen verboten worden, in welchen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als Redner auftreten wollten. Neben dem einen Fall in Danzig, in dem einem Vertrauensmann der Unabhängigen jede politische Betätigung verboten worden ist, kommen jetzt auch noch andere derartige Fälle vor. So ist dem Lagerhalter Zieger in Treptow in Pommern vorgeworfen worden, daß er als Agitator insbesondere in den Kreisen der Kriegerfrauen und der Arbeiter in einer den Burgfrieden gröblich störenden Weise aufgetreten ist und diese Kreise gegen die Kommunalverwaltung aufgehetzt habe. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand hat der stellvertretende Kommandierende General des 2. Armeekorps in Stettin am 12. Juli dem Zieger jede Teilnahme an Versammlungen, Sitzungen oder Zusammenkünften, in denen öffentliche Angelegenheiten beraten werden, sowie überhaupt jede organisatorische, schriftstellerische oder rednerische Beteiligung in öffentlichen Angelegenheiten für die Dauer des Krieges verboten. Zieger ist aber zugleich Stadtverordneter. Daher wollte der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung **Zieger von der Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen ausschließen**, da er diese Notwendigkeit aus dem Befehl des stellvertretenden Kommandierenden Generals herausgelesen hatte. Erst infolge des entschiedenen Einspruchs Ziegers hat sich dann der stellvertretende Kommandierende General veranlaßt gesehen, die Anordnung des Vorstehers der Stadtverordnetenversammlung für unnötig zu erklären. Selbst die Teilnahme an Vorstandssitzungen werde den Vertretern der Unabhängigen in einigen Fällen verboten. So sei eine Vorstandssitzung des Bezirks Nordwest in Kiel, an der Abg. Henke teilgenommen hat, von der Polizei aufgelöst worden. Die Teilnehmer wurden auf die Polizei gebracht und der Abg. Henke eine Nacht in Haft behalten, obgleich er auf seine Eigenschaft als Abgeordneter hingewiesen und die Zulässigkeit der Haft entschieden bestritten hatte. Beschwerden in derartigen Fällen werden vom Kriegsministerium verschleppt, und schließlich bekommt der Beschwerdeführer eine Antwort, die nur das wiedergibt, was der Kommandierende General verfügt hat. Ebenso werden die Zeitungen und Zeitschriften, welche von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herausgegeben werden, mit Verfolgungen aller Art bedacht. Gegen die Redakteure sogar gehen die Behörden so weit, daß sie sie in Schutzhaft nehmen. So sei der Schriftleiter Schotte vom Generalkommando in Münster in Schutzhaft genommen worden, weil er der heimlichen Verbreitung von Druckschriften mit landesverräterischem Inhalt hilfreiche Hand geleistet habe. Alle Versuche, die Sache vor die Gerichte zu bringen, seien gescheitert, und als endlich eine gerichtliche Verhandlung unvermeidlich erschien, sei Schotte zum Militär eingezogen worden. Es heißt in der Begründung für die Aufhebung der Schutzhaft wie folgt:

„Nunmehr steht die militärische Einziehung des Schotte bevor. Nach seiner Einziehung wird Schotte unter den gegebenen Verhältnissen voraussichtlich keine Gelegenheit haben, sich in landesgefährlicher Weise durch Verteilung von Druckschriften usw. zu betätigen, so daß die Sicherheitshaft zur weiteren Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches nicht mehr erforderlich erscheint."

Unter dem Belagerungszustand besteht **geradezu eine Schreckensherrschaft.** Das einzige Mittel hiergegen sei die Beseitigung des Belagerungszustandes.

Vertreter des Reichskanzlers, Dr. **Helfferich**:

Nach dem Kanzlerwechsel hätten die feindlichen Zeitungen die Behauptung verbreitet, der neue Reichskanzler sei lediglich ein Werkzeug der angeblichen Militärdiktatur. Der gegen unser Land gerichtete Zweck solcher Ausstreuungen sei für jedermann klar. Er stelle fest, daß der Abg. Dittmann es für richtig gehalten habe, dieselbe Behauptung hier aufzustellen, offenbar zu dem Zweck, sie draußen im Lande zu verbreiten, womit er wieder einmal die Arbeit unserer Feinde besorge. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers stehe zu hoch über solchen Angriffen, als daß er als Stellvertreter des Reichskanzlers sie gegenüber dem Abg. Dittmann zu verteidigen brauchte.

Abg. **Heine** (Soz.):

Ueber die Zensurverhältnisse zu sprechen, sei wahrlich kein Vergnügen. Immer wieder und wieder seien während des Krieges die vorhandenen Mißstände besprochen worden. Die Reichsleitung habe die schönsten Versprechungen gemacht, aber **gehalten habe sie nichts.** Die Verhältnisse seien nicht besser geworden, sondern im Gegenteil seien die **Uebergriffe immer gewissenloser, immer dreister** erfolgt und hätten einen immer größeren Schaden unserem Volke zugefügt, sowohl im eigenen Lande als auch im Auslande. Hier müsse tatkräftig durchgegriffen und der Belagerungszustand aufgehoben werden. Das bezwecke der Antrag seiner Partei. So, wie es jetzt zugeht, könne es nicht bleiben; Wandel müsse geschaffen werden; es müsse endlich ein Ende gemacht werden mit der Unterdrückung einzelner politischer Richtungen und der Gewerkschaften. Der Redner geht auf die Maßnahmen der Militärverwaltung im einzelnen ein und beleuchtet ganz besonders die **Vergewaltigung der Gewerkschaften.** Er weist darauf hin, daß Werkstattbesprechungen als politische Versammlungen hingestellt, zeitige Anmeldung verlangt und von der Genehmigung abhängig gemacht werden. Dieses Vorgehen ist unvereinbar mit § 14 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, nach dem den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden darf. Der Polizeipräsident in Breslau begnügt sich nicht nur mit Maßnahmen der Zensur, sondern greift noch durch persönliche Anzeigen gegen die Presse ein. Weiter besprach Redner das Vorgehen der Militärbehörden gegen den **Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.** Unter durchaus nichtigen Vorwänden ist die Militärverwaltung diesem Bund entgegengetreten. In Wahrheit will sie den Bund unterdrücken, um nicht eine Konkurrenz gegen die Kriegervereine aufkommen zu lassen. Das Generalkommando in Karlsruhe habe sich gegen den Bund gewendet mit der Begründung, er sei eine recht unerfreuliche Erscheinung vom Standpunkt des Volksganzen aus. Dann ging Redner auf die hierzu

von den Mehrheitsparteien gestellten Anträge

ein. In dem ersten dieser Anträge wird der Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß die **politische Zensur alsbald beseitigt** werde. Das allein aber genüge nicht, denn die Militärbehörden begründen auch ihre politische Zensur damit, daß die politischen Ausführungen geeignet seien, den militärischen Geist zu schwächen, und daraus schließen sie, daß ihre Zensur, obgleich sie sich auf politische Fragen beziehe, doch nur eine militärische Zensur sei. Daher werde in einem zweiten Antrag der Mehrheitsparteien der Reichskanzler ersucht, die Innehaltung der folgenden Grundsätze über die Handhabung der Zensur während des Krieges schleunigst herbeizuführen:

1. Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden können.

2. Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

3. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.

Der Redner wies die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an der Hand einer Reihe von Fragen nach, insbesondere gegenüber den Kaiserreden und dem Verbot des Buches von Professor Wilh. Förster über die deutsche Jugend und den Krieg, sowie des Verbots der Hardenschen „Zukunft". **Die Zustände sind derart, daß wir sie uns nicht mehr gefallen lassen können.** In vier Wochen werde das Plenum des Reichstags zusammentreten. Bis dahin habe die Reichsleitung Zeit, zu zeigen, daß sie den Wünschen der Reichstagsmehrheit in bezug auf die Handhabung des Belagerungszustandes entgegenkomme. Wenn bis dahin nicht Wandel geschaffen ist, müßten sich die Mehrheitsparteien überlegen, was zu tun sei, um zu erreichen, daß im Innern derartige Zustände nicht länger bestehen. Das sei unbedingt notwendig, wenn wir dem Vaterlande dienen wollen.

Unterstaatssekretär **Wallraf**

weist darauf hin, daß die angeschnittenen Fragen zu den schwierigsten Angelegenheiten des Reichsamts des Innern zählten. Zudem spielten **Rücksichten auf die Heeresleitung** und deren Rechte hinein. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie die Kriegsgesetze auferlegen, lasse sich nur aus der Not der Zeit rechtfertigen. Inwieweit eine Milderung oder Abschwächung der Zensur möglich sei, entscheide sich mit Rücksicht auf die gesamte Lage des Reiches. Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes sei schon im Mai im Reichstag gestellt und abgelehnt worden. Inzwischen habe sich die Lage des Reiches nicht geändert. Keine der kriegführenden Mächte verzichte auf diese Maßnahme, die in der Kriegszeit unentbehrlich sei. Er bitte daher um Ablehnung dieses Antrags. Bei den anderen Anträgen, die auf die Aufhebung der politischen Zensur hinzielten, müsse man wohl erwägen, ob auch die äußere Politik im vollen Umfange freigegeben werden sollte. Dies verbiete sich wohl. Was die Befreiung der inneren Politik von der Zensur betreffe, so seien auf diesem Gebiete bereits Kriegsziele und kriegswirtschaftliche Angelegenheiten freigegeben worden. Die freie Besprechung der wirtschaftlichen Fragen habe auf den robusten Teil der Bevölkerung günstig gewirkt, auf den weniger widerstandsfähigen dagegen niederdrückend. Das sage er nur, um zu zeigen, nach wie verschiedenen Richtungen selbst bei der berechtigten Freigabe der wirtschaftlichen Erörterungen die Wirkungen sich geltend machen. Unter Abwägung der Vor- und Nachteile wolle er prüfen, inwieweit man auch für die innere Politik die Zügel der Zensur lockern könne. Man dürfe nie vergessen, daß das Amt des Zensors schwierig sei und hohe Anforderungen stelle, und daß sich auch die Presse nach drei Kriegsjahren manchmal naturgemäß erregter zeige als in Friedenszeiten.

Abg. **Erzberger**:

Nachdem der zukünftige Staatssekretär des Reichsamts des Innern die Prüfung zugesagt habe, können wir wohl damit rechnen, daß die von uns geforderten Einschränkungen der Zensur auch durchgeführt werden. Die vorgebrachten Gründe sprachen ebenso für die Vorzensur, über deren Undurchführbarkeit ja kein Zweifel bestehen könne. Nach seiner Ueberzeugung genüge das Spionagegesetz vollkommen, um wirklichen Mißständen entgegenzutreten. Jetzt seien **die Verhältnisse unerträglich** und tragen nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung unseres Volkes bei. In bezug auf die

Veröffentlichung der Kaiserreden

frage er an, ob die Reichsleitung Kenntnis von den zu veröffentlichenden Reden erhalte und der Reichskanzler dafür die Verantwortung trage. Ihm sei mitgeteilt worden, daß dies nicht geschehe und die Veröffentlichungen vom Militärkabinett erfolgten. — Hierauf begründete Abg. Erzberger einen gemeinsamen Antrag der Mehrheitsparteien, daß die Bundesratsverordnung über die **Konzessionspflicht der Lichtspiele** aufgehoben werde. Diese Verordnung gehe weit über das hinaus, was nach dem Ermächtigungsgesetz zulässig sei. Der Reichstag habe den Wunsch ausgesprochen, daß diese Angelegenheit durch die Gesetzgebung erledigt werde, und deshalb sei es durchaus ungehörig, daß die Reichsleitung hier durch eine Bundesratsverordnung eingegriffen habe.

Direktor **Caspar** und Dr. **Helfferich** versichern, daß es ihnen durchaus ferngelegen habe, den Reichstag hier zu umgehen. Für die Maßnahmen sprächen auch wichtige wirtschaftliche Gründe.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. **v. Kühlmann**:

Das Auswärtige Amt habe jederzeit einen Vertreter im Hauptquartier und nehme Kenntnis von den zu veröffentlichenden Reden des Kaisers. Der Reichskanzler trage daher die Verantwortung auch für diese Veröffentlichung.

Abg. Dr. Stresemann stellt fest, daß die Antwort Helfferichs nicht den Kern der Sache trifft. Die Reichsleitung habe auf Grund des Ermächtigungsgesetzes derartig in das Wirtschaftsleben eingegriffen, daß es durchaus nicht mehr den Absichten des Reichstags bei der Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz entspricht.

Abg. Hoch (Soz.):

Auch die Ausführungen des zukünftigen Staatssekretärs des Innern über die Zensur seien nicht geeignet, seine Partei von dem Verlangen abzubringen, endlich bessere Zustände zu erzwingen. — Redner geht näher darauf ein, daß dem Abg. Brandes vom Generalkommando in Magdeburg erklärt worden sei, er dürfe nur noch dann sprechen, wenn er den Wortlaut seiner Rede einreiche. Zu dieser Maßnahme habe der Umstand Veranlassung gegeben, daß Abg. Brandes in einer Rede in Halberstadt über den Frieden ohne Annexionen auch mit einigen Worten auf den U-Bootkrieg und unser Verhältnis zu Amerika eingegangen sei und daß hierin das Generalkommando eine Abweichung von der vorher eingereichten Disposition für den Vortrag erblickte. Dieses Vorgehen des Generalkommandos sei durchaus unbefugt und zeige nur, daß die maßgebenden Herren kein Verständnis für die Art und Weise hatten, wie ein politischer Redner seine Aufgabe erfüllen müsse.

Oberst v. Wriesberg erklärte: In verschiedenen Teilen des Reiches hatten Streiks stattgefunden. Die Arbeiterbevölkerung sei zu solchen Schritten aufgehetzt worden. Daher seien scharfe Maßnahmen gegen derartige Bestrebungen nötig gewesen. Die Militärverwaltung aber überlege, ob sie diese Maßnahmen nicht örtlich und zeitlich beschränken könne.

Ein anderer Vertreter des **Kriegsministeriums** ging des näheren auf den Fall der „Frankfurter Zeitung" ein und erklärte, daß der „Frankfurter Zeitung recht gegeben sei. Der Vorwurf, daß die „Leipziger Volkszeitung" zu scharf behandelt werde, sei durchaus unberechtigt, da andere Blätter, die der „Leipziger Volkszeitung" nahestehen, sich oft ausdrücklich darauf berufen, daß ihnen verboten worden sei, was der „Leipziger Volkszeitung" gestattet würde. Die „Zukunft" von Harden mußte verboten werden, da alle Ermahnungen an den Herausgeber nichts geholfen haben und er immer wieder so geschrieben habe, daß diese Darlegungen im Auslande ausgenutzt werden könnten. Die Rede Scheidemanns habe auf Grund der früheren Vorschriften verboten werden müssen; da ja neue Vorschriften erwogen werden, sei es möglich, daß später die Rede wieder freigegeben werden könne. Gegen den Bund der Kriegsbeschädigten habe die Heeresleitung einschreiten müssen, weil er politische Bestrebungen unter das Militär zu bringen suchte. Nicht richtig sei es, daß in Nordhausen den vier Zeitungen vorgeschrieben worden sei, sich zu einer Zeitung zusammen zu tun; vielmehr hätten zwei Zeitungen von sich aus beim Generalkommando angeregt, ihre Zeitungen zusammenzulegen. Auf die andern beiden Zeitungen sei zu einer derartigen Maßnahme kein Zwang ausgeübt worden. Es sei unvermeidlich, daß bei der Zensur manche Mißgriffe vorkommen. Die Reichsleitung sei bestrebt, dem entgegenzuarbeiten.

Ein Vertreter des **Sächsischen Kriegsministeriums** versicherte, daß das dortige Generalkommando die „Leipziger Volkszeitung" mit möglichster Unparteilichkeit und Wohlwollen behandele.

Abg. Graf **Westarp** (k.): Auch die Alldeutschen und seine Freunde hätten Grund, sich über die Zensur zu beschweren. Trotzdem sei er der Meinung, daß es nicht möglich sei, die Zensur aufzuheben. Er erinnere nur an die Tätigkeit der Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die für Streiks und für die Republik agitierten.

Abg. **Bruhns** wendet sich gegen den Antrag, der die Konzessionspflicht der Lichtspiele aufheben will.

Abg. **Dittmann** (Unabh.) stellt fest, daß doch die Angaben über die Presse in Nordhausen richtig seien. Den beiden andern Zeitungen sei ausdrücklich anheimgegeben worden, sich bis zum 15. September darüber zu verständigen, daß in Nordhausen nur eine Zeitung erscheint. Dem Vertreter des Reichskanzlers erwidert er, für ihn sei es kein Grund, eine Wahrheit nicht auszusprechen, wenn diese Wahrheit auch von den Feinden behauptet werde. Im übrigen aber bestehe keine Beziehung zwischen ihm und dem feindlichen Auslande. Jede Verdächtigung nach dieser Seite hin sei in den Augen aller anständigen Politiker gerichtet. — Der **Vorsitzende** rügt diesen Ausdruck. — Abg. **Dittmann:** Dann darf es auch nicht zulässig sein, daß der Vertreter der Reichsleitung eine derartige Bemerkung gegen mich macht. — Der **Vorsitzende** verbat sich die Kritik seiner Geschäftsführung.

Abg. **Heine** (Soz.) legt dar, daß die Einwendungen der Herren von der Militärverwaltung gegen die von ihm vorgebrachten Tatsachen nicht richtig seien. Aber das sei jetzt nicht das Entscheidende; vielmehr komme es darauf an, was in den vier Wochen bis zum Zusammentritt des Reichstages geschehen werde. Das allein müsse für die Mehrheitsparteien maßgebend sein.

In der Abstimmung werden die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die die Aufhebung des Belagerungszustandes fordern, abgelehnt. Dagegen werden die beiden andern Anträge angenommen, die die Aufhebung der politischen Zensur fordern und hierfür gewisse Richtlinien festlegen, sowie der Antrag, durch den die Bundesratsverordnung über die Konzessionspflicht der Lichtspiele aufgehoben werden soll.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 27. September, statt. Sollte ein nicht vorauszusehender Umstand eine frühere Sitzung nötig machen, so soll der Vorsitzende das Nähere veranlassen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Das Koalitionsrecht der Straßenbahn gefährdet?

Das Personal der städtischen Straßenbahn ist mit den gegenwärtig gezahlten Löhnen und Höhe und Staffelform nicht zufrieden. Sie versuchten, nachdem sie den Anschluß an den Transportarbeiterverband vollzogen, eine Aenderung zu ihren Gunsten herbeizuführen. In mehreren Versammlungen und Sitzungen beschlossen sie, in einer Eingabe den Magistrat zu bitten, ihre diesbezüglichen Wünsche zu erfüllen. Das konnte selbstverständlich der Betriebsleitung nicht verborgen bleiben. Anstatt nun sofort in eine Untersuchung über die auch ihr schon längst bekannten Beschwerden des Personals einzugehen, griff sie zu Mitteln, die vor dem Kriege der rückständigste Unternehmer anzuwenden pflegte. Zunächst wurde der Oberkontrolleur Puhle vom Nordbahnhof nach dem Südbahnhof zur Dienstleistung beordert. Man glaubte hier den Herd des „Aufruhrs" und der „Verhetzung" gefunden zu haben. Herr Puhle operierte nun nach seiner Weise. Gruppenweise bestellte er die Frauen dienstlich nach dem Bureau, um ihnen zu eröffnen, daß er mit den Geladenen sich nur „privat" unterhalten wolle. Er ging sofort auf sein Ziel los, schilderte die nach seiner Auffassung bestehende Zwecklosigkeit des Verbandes und erinnerte an das Kaiserwort „er kenne keine Parteien mehr". Die Frauen sollten aus dem Verband wieder austreten, andernfalls verstießen sie gegen Wünsche und Worte des Kaisers. Als er schließlich mit seinen salbungsvollen längeren Auseinandersetzungen doch auf starken Widerstand stieß, erklärte er, daß jeder entlassen würde, der im Verbande Mitglied sei. Auf die Entgegnung, daß ja dann sofort der Betrieb stillstehen müßte, sagte er seelenruhig, daß die Entlassungen natürlich allmählich erfolgen würden. Er bot sich schließlich an, selbst die Lohnbewegung zu führen und hatte schon eine Eingabe aufgesetzt, in welcher für die Frauen 40 Pf. pro Tag mehr gefordert wurde. Doch auch das lehnten die Frauen ab. Am Tage vor einer Versammlung, die am 28. d. M. stattfand, übte er die gruppenweise Vorführung der Frauen in größtem Stil, um die Frauen vom Versammlungsbesuch fernzuhalten. Dadurch hoffte er die Lohnbewegung aufzuhalten. Erzählt hat er bisher nur, daß die Bewegung eine schärfere Form angenommen hat und daß starke Erbitterung unter den bisher sehr sachlich handelnden Frauen eingetreten ist.

Aus diesen Vorgängen ist ersichtlich, daß die Betriebsleitung der städtischen Straßenbahn ihren Bediensteten durch Drohungen das Koalitionsrecht nehmen möchte. Wir erlauben uns die Anfrage an den Magistrat, ob das mit seiner Kenntnis und nach seinen Anweisungen geschieht.

Die Leitung des Transportarbeiterverbandes.

Aus dem Kriegsausschuß für das Schneidergewerbe.

Der Kriegsausschuß für das Schneidergewerbe hat sich in letzter Zeit wiederholt mit den Arbeitslöhnen beschäftigt, die für Flieger- und Kraftfahreranzüge bezahlt werden. Infolge der Verhandlung vor dem Kriegsausschuß ist für die von der Fliegerabteilung in Döberitz zur Vergebung gelangenden Bekleidungsgegenstände ein Tarif ausgearbeitet worden, der demnächst veröffentlicht wird. In diesem Tarif ist der Lohnsatz des Arbeitnehmers und der Anteil des Arbeitgebers getrennt aufgeführt. Für die einzelnen Gegenstände werden gegenwärtig Teilarbeitslöhne festgelegt, nach denen sich die Arbeitgeber künftig zu richten haben. Es wird dadurch zweifellos den vielen berechtigten Klagen, die wegen der ungleichen und ungenügenden Bezahlung vorgebracht wurden, abgeholfen.

Dagegen sind auch immer Klagen wegen der ungenügenden Bezahlung der Bekleidungsgegenstände der Kraftfahrertruppe erhoben worden. Auch hier hat der Kriegsausschuß versucht, die Beschwerden abzustellen; leider ohne Erfolg. Vor kurzem ist in der Sitzung des Kriegsausschusses ein Vertreter des Kraftfahrer-Bataillons erschienen, jedoch nur um zu erklären, daß er für die Sache nicht zuständig sei und auch keine positive Antwort geben könne. Der Kriegsausschuß hat daher die Intendantur des Kraftfahrer-Bataillons erneut zu der Sitzung des Kriegsausschusses geladen mit dem Ersuchen, einen geeigneten Vertreter zu entsenden. Dem ist die Intendantur bisher nicht nachgekommen.

Wie dringend notwendig die Entsendung eines Vertreters ist, ergab sich aus den bisherigen Verhandlungen des Kriegsausschusses, wobei sich herausstellte, daß die Fliegerabteilung in Döberitz für gleichartige Bekleidungsgegenstände wesentlich andere Löhne zahlt als die Kraftfahrerabteilung. Es ist dringend notwendig, eine Einheitlichkeit der Löhne herbeizuführen sowie auch dafür zu sorgen, daß den Arbeitern die ihnen zugedachten Löhne sicher gezahlt werden. In dieser Hinsicht hat die Fliegerabteilung Vorkehrung getroffen, daß die Beschwerden wegen nicht tarifmäßiger Entlohnung vor die Schlichtungskommission kommen.

Parteinachrichten.

Victor Adler gegen die Verleumdung der Bolschewiki.

In dem Hochverratsprozeß gegen Lenin und Genossen stellt die Anklageschrift die Behauptung auf, Lenin und Zinojew seien im Oktober 1914 in Oesterreich verhaftet, aber auf direkten Befehl des Grafen Stürgkh befreit worden, worauf sie nach der Schweiz reisten und von dort aus für Rußlands Niederlage wirkten. Vermittler zwischen ihnen und der österreichischen Regierung sei Hanecki gewesen, der zweifellos seit langem österreichischer Agent sei. Daraufhin hat Dr. Victor Adler am 19. August auf Anfrage an die Stockholmer „Prawda" gedrahtet:

„Frau Ulianoff (Ulianoff ist der wirkliche Name Lenins) ersuchte 14. August 1914 meine Intervention telegraphisch und brieflich, weil ihr Mann wegen Spionageverdacht verhaftet und Militärgericht übergeben. Sie fürchtete längere Untersuchungshaft, ich fürchtete viel mehr, etwaige Ueberstürzung und summarisches Verfahren. Eilte zum Minister des Innern Baron Heinold, erklärte ihm Absurdität des Verdachts und erbat sein Eingreifen auf kürzestem Wege, um genaue Untersuchung zu erwirken. Ueberzeugte ihn, daß alter Kämpfer gegen den Zarismus unmöglich zarischer Spion sein könne. Minister telephonierte sogleich Staatspolizei Krakau, wo Lenin lange wohnte. Dort wurde meine Kennzeichnung politischer Stellungnahme Lenins offenbar bestätigt, Verhaftung als lächerlicher Mißgriff eines Gendarms sofort erkannt, Lenin sofort enthaftet. Intervention bei Stürgkh mir unbekannt, höchst unwahrscheinlich und absolut überflüssig. Eingehend haben Genossen Abgeordnete Diamand und Marek zur Aufklärung beigetragen. Ausführlicher Brief folgt.

Dr. Victor Adler."

Aus den Organisationen.

Eine Kreisversammlung des Wahlkreises Reichenbach-Neurode (Schlesien) nahm nach einer Rede des Abg. Schöpflin über die Tätigkeit der Sozialdemokratie während des Krieges, und nach Darlegungen des Abg. Feldmann über die Aufgaben des nächsten Parteitages, einstimmig eine Resolution an, die die Haltung der Reichstagsfraktion und der Parteiinstanzen billigt.

Industrie und Handel.

Erhöhung der bahnamtlichen Rollgebühren.

Die Handelskammer zu Berlin weist die am Verkehr beteiligten Kreise darauf hin, daß infolge anhaltender Steigerung der Betriebskosten im Rollfuhrgewerbe eine weitere Erhöhung der Gebühren des bahnamtlichen Rollfuhrtarifs in Berlin notwendig geworden ist. Es werden deshalb die Gebührensätze vom 1. September d. J. ab für das Rollgebiet der Bahnamtlichen Rollfuhrgesellschaft in Berlin wie folgt festgesetzt: Für das Abrollen a) von Eilstückgut und den sperrigen, leicht zerbrechlichen und ähnlichen Gütern im Gewicht bis 20 kg einschließlich Abtragen 1,10 M., im Gewicht von 21 bis 50 kg einschließlich Abtragen 1,40 M., im Gewicht von 51—100 kg ausschließlich Abtragen 1,80 M., für je weitere 50 kg ausschließlich Abtragen 0,70 M. b) von Frachtstückgut im Gewicht bis 20 kg einschließlich Abtragen 0,85 M., im Gewicht von 21—50 kg einschließlich Abtragen 1,10 M., im Gewicht von 50—100 kg ausschließlich Abtragen 1,50 M., für je weitere 50 kg ausschließlich Abtragen 0,60 M. Für das Anrollen a) von Eilstückgut und den sperrigen, leicht zerbrechlichen und ähnlichen Gütern im Gewicht bis 20 kg einschließlich Abtragen 1,40 M., im Gewicht von 21—50 kg einschließlich Abtragen 1,60 M., im Gewicht von 51—100 kg ausschließlich Abtragen 2,20 M., für je weitere 50 kg ausschließlich Abtragen 1,10 M. b) von Frachtstückgut im Gewicht bis 20 kg einschließlich Abtragen 1,10 M., im Gewicht von 21—50 kg einschließlich Abtragen 1,30 M., im Gewicht von 51—100 kg ausschließlich Abtragen 2,00 M., für je weitere 50 kg ausschließlich Abtragen 1,00 M.

Jugendveranstaltungen.

Gesundbrunnen. Arbeiterjugend. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Schwedenzelt, Ecke Schweden- und Exerzierstraße eine wichtige Besprechung statt, die dem Wiederaufbau unserer Jugendbewegung dienen soll. Hierzu werden alle Leser und Leserinnen sowie Anhänger der „Arbeiter-Jugend" freundlichst eingeladen. Gleichgesinnte Alterskameraden und Kameradinnen sind als Gäste willkommen!

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rixdorf; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Herren- und Knaben-Kleidung

Herren-Anzüge braune und grau gemusterte sowie blaue Stoffe in verschiedenen Macharten

Herren-Paletots für Herbst aus halbschweren Marengo- sowie schwarzen Stoffen

Herbst-Ulster leichte und schwerere Qualitäten in reichhaltiger Ausführung

Loden-Mäntel in oliv und gräulichen Farben, aus weichen Stoffen

Gummi- und Oel-Mäntel für Militär u. Zivil

Herren-Beinkleider moderne Streifen in verschiedenen Preislagen

Oberhemden farbig Perkal, mit festen Manschetten ..... von **8.50** an
Taghemden farbig Perkal **4.50**
Nachthemden farbig Perkal **5.50**
Weiche Sportkragen aus farbig. Perkal **1.25 1.45**
Selbstbinder neue Muster **1.45 1.90**
Selbstbinder große Form, auch fertig gebunden **2.50 2.90 3.25**
Hosenträger kräftiges Gurtband **1.90 2.50 2.90**
Knabenmützen viele Formen, verschiedene Preislagen
Herrenhüte steif u. weich, nur neue Formen u. Farben

Maß-Anfertigung in eigen. Werkstätten u. bester Ausführung

Schlupfanzug offene Form, aus grau gemustert. Stoff, mit dunkelblauer Matrosengarnitur, für 4 Jahre **22.50**
Jede weitere Größe 75 Pf.; ab 9 Jahr 1,25 mehr

Schlupfanzug offene Form, aus blauem Stoff, mit Marine-Oberkragen und Manschetten, Armelstickerei u. Schleife f. d. Alter v. 4 Jahr. **28.75**
Jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Prinz Heinrich-Anzug aus braun gemustertem Stoff mit Marine-Ueberkragen ..... für 4 Jahre **26.00**
Jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Elegante Knaben-Anzüge, einzelne Blusen und Beinkleider in verschiedenen Preislagen

Kurzer Kieler Mantel aus blauem Stoff mit warmem Futter und Aermelstickerei, ... für 2 Jahre **15.00**
Jede weitere Größe 1.00, ab 9 Jahre 1.75 mehr

Rauchfische ..... Pfund **3.80**
Salz-Brieslinge ..... Pfund **1.30**
Dorsch-Rogen ..... Pfund **2.80**
Räucher-Lachs ausgeschnitten, ¾ Pfund **6.00**
Hering in Brühe ..... ¾ Pfund **80** Pf.
Hering in Brühe 1-Pfund-Dose **3.10**
Dorsch in Gelee 1-Pfund-Dose **2.05**
Saure Gurken ..... von **25** Pf. an

Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat

Delikatess-Brotaufstrich ... Pfund **3.00**
Schellfisch / **Salzfische** zu Tagespreisen — **Klippfische** / **Stinte** gesalzen
Suppenhühner / **Junge Hühner** zu Tagespreisen — **Junge Enten** / **Junge Tauben**
Junge Hühner ....., Stück von **4.50** an

Weißkohl ..... Pfund **16** Pf.
Senfgurken ..... Pfund **40** Pf.
Einlegegurken ..... Pfund **30** Pf.
Blumenkohl in verschiedenen Größen
Pfirsiche ..... **95** Pf.
Radieschen ..... 3 Bund **20** Pf.
Maiskolben ..... Pfund **35** Pf.

Groß-Berlin

Die Gasverbrauchseinschränkung.

Die für die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg und die Kreise Teltow und Niederbarnim zu erlassende neue Verordnung über die Einschränkung des Gasverbrauches ist in Kürze zu erwarten. Das Wichtigste aus den Bestimmungen, die sie voraussichtlich enthalten wird, wurde uns in einer Konferenz der Pressevertreter vom Oberbürgermeister Wermuth und vom Stadtrat Mosse mitgeteilt.

Durch die Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar und den Vertretern der Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen ist das an der alten Verordnung bemängelte ungerechte Verfahren, die Größe des Gasmessers als Grundlage der zu bewilligenden Verbrauchsmenge zu nehmen und überdies einen Unterschied zwischen gewöhnlichen Gasmessern und Gasautomaten zu machen, beseitigt worden. Das andere Verfahren, auf den vorjährigen Verbrauch zurückzugreifen und von ihm einen prozentualen Abzug zu machen, das dafür jetzt gewählt werden soll, gilt den Gemeindeverwaltungen als gerechter. Für Groß-Berlin soll die Einschränkung mit „nur" 10 Prozent festgesetzt werden, so daß 90 Prozent des vorjährigen Verbrauches erlaubt wären. Diese 90 Prozent gelten dem Reichskommissar schon als viel, aber er will sie zulassen, weil hier bei den Gaswerken durch reichlichere Beimengung von Wassergas der Heizwert ihres Gases besonders weit herabgedrückt ist. Die Vergleichung mit dem Vorjahrverbrauch wird nicht für einzelne Monate, sondern zusammenfassend für Vierteljahre ausgeführt, so daß innerhalb jeden Vierteljahres ein Ausgleich zwischen den Monaten möglich ist. Nur für den diesjährigen September soll der Monatsverbrauch bei der Vergleichung zugrunde gelegt werden. Für den Monat August würde die alte Verordnung, wie Stadtrat Mosse meint, nun wohl gar nicht zur Anwendung kommen. Mit Rücksicht auf die kleinsten Verbraucher wird ein Mindestverbrauch bewilligt, den der Reichskommissar und die Gemeindeverwaltungen mit 360 Kubikmeter pro Jahr für ausreichend hoch bemessen halten. Diese 360 Kubikmeter werden zu ungleichen Teilen auf die einzelnen Jahreszeiten verteilt, da ja der Gasverbrauch in den Jahreszeiten verschieden ist. Wo infolge besonderer Verhältnisse noch Härten bestehen, z. B. bei Personen, die im Vorjahr längere Zeit verreist waren oder aus anderen Gründen einen ungewöhnlich geringen Gasverbrauch hatten, sollen Ausnahmen zugelassen werden. Die Handhabung der durch die neue Verordnung gegebenen Vorschriften wird einer kommunalen Körperschaft übertragen, dem eben zusammengetretenen „Kohlenverband Groß-Berlin". Ob Ausnahmen zuzulassen sind oder nicht, wäre von ihm zu entscheiden. Für Gasabnehmer, die den bewilligten Verbrauch überschreiten, sind auch in der neuen Verordnung gewisse Strafen vorgesehen: pro Kubikmeter Mehrverbrauch 50 Pf. Zuschlag und bei Rückfälligkeit die Gassperre.

Im Berliner Magistrat ist man der Ansicht, daß durch die Verhandlungen „viel" mit diesen Ergebnissen erreicht sei und sie „recht befriedigend" genannt werden dürfen. In der Bevölkerung wird diese Auffassung keineswegs überall Zustimmung finden. Nach wie vor steht fest, daß die erzwungene Gasverbrauchseinschränkung die Unbemittelten am schwersten trifft. Wo ohnedies keine Verschwendung mit Gas getrieben wurde, ist auch die Forderung einer Einschränkung um „nur" 10 Proz. eine Härte. Daß dabei der Abzug von dem vorjährigen Verbrauch gemacht wird, ist doppelte Härte für den, der wegen Mangel an Feuerung und wegen Verschlechterung des Gases seinen Gasverbrauch in diesem Jahre hat steigern müssen. Da kann man auch den freigegebenen Mindestverbrauch von 360 Kubikmeter nicht als „ausreichend hoch bemessen" ansehen.

Die neue Kohlenversorgung.

Wolffs Bureau berichtet: Die Ausgabe der Kohlenkarten für Groß-Berlin wird am 1. September 1917 beginnen. Mit Rücksicht auf die einige Tage dauernde Verteilung der Karten auf die gesamte Bevölkerung und zur Vermeidung etwa daraus folgender Unzuträglichkeiten darf die Abgabe von Kohlen auf die Kohlenkarten erst am 5. September anfangen. An diesem Tage wird jeder Verbraucher seine Karte in Händen haben. Die Abschnitte der Kohlenkarte sind fortlaufend numeriert. Zunächst darf nur auf Abschnitt 1 bis einschließlich 4 je ½ Zentner Kohlen entnommen werden.

Durch die Freigabe dieser verhältnismäßig geringen Menge soll zunächst die Belieferung einer möglichst großen Zahl von Verbrauchern erreicht werden. Hierzu kommt, daß bei einer großen Reihe von Kohlenkarten wegen vorhandener Bestände die ersten Abschnitte vor Ausgabe der Karte bereits abgetrennt sind, ihre Inhaber also bei dem Bezug von Kohlen vorläufig nicht mitberücksichtigt zu werden brauchen.

Ferner werden die inzwischen gemäß der Verordnung des Oberbefehlshabers bei den Kohlenhändlern angesammelten beschlagnahmten Bestände sämtlich freigegeben, und zwar vorläufig lediglich zur Lieferung auf die Abschnitte 1 bis 4 der Kohlenkarte.

Es ist somit zu erwarten, daß jedermann die ihm zustehende Menge Kohlen wird erhalten können. Sollte dies in einigen Fällen nicht gleich am ersten Tage geschehen, so möge man bedenken, daß täglich neue Vorräte in Groß-Berlin eintreffen, die auf alle Fälle hinreichen, um den augenblicklichen Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Weitere Abschnitte der Kohlenkarte werden erst nach Erledigung der Belieferung der Abschnitte 1 bis 4 der Kohlenkarte freigegeben. Vorbestellungen auf Grund der Kohlenkarte sind unzulässig.

Die Einrichtung von Kundenlisten bleibt späterer Regelung vorbehalten. Die hierzu nötigen Vorarbeiten sind im Gange. Sie werden jedoch bei der Besonderheit der Lage des Kohlenhandels in Berlin und der großen Zahl der Verbraucher sowie des riesigen Umfanges der Menge, deren Verteilung auf diese Weise zu regeln ist, voraussichtlich 1 bis 2 Monate in Anspruch nehmen.

Die Befugnis zur Entnahme auf das Mittelstück der für die Zeit vom 9. Juli ab gültigen Reichsfleischkarte sowie auf den Abschnitt 5 der Kaffee-Ersatzkarte wird durch die Ausgabe der Kohlenkarte nicht berührt. Die Belieferung auf diese Karten kann also neben der Lieferung auf die Kohlenkarte weiter erfolgen.

Neuregelung der Butterpreise.

Die anhaltende Trockenheit hat in verschiedenen Gebieten eine so ungünstige Futtermittelernte herbeigeführt, daß die Interessenten glauben mit den bisherigen Preisen für Milch und Butter nicht mehr auskommen zu können, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Die seit einiger Zeit zwischen Reichsstellen und Interessentengruppen geführten Verhandlungen haben jetzt zu einem Abschluß geführt, dessen Resultat die neue Butterverordnung vom 25. August ist. Der Zweck der Verordnung ist eine Neuregelung der Butterpreise, vor allem eine Relation zwischen Milch- und Butterpreisen herzustellen, damit ein weiterer Rückgang der Produktion vermieden wird. Von einer allgemeinen Erhöhung der Butterpreise ist Abstand genommen worden. Der Grundpreis, den in Zukunft der Erzeuger für 1 Zentner Butter frei Berlin fordern kann, beträgt für Ware I 240 M., Ware II 220 M. und für abfallende Ware höchstens 180 M. Der Landeszentralbehörde ist das Recht eingeräumt, abweichend davon niedrigere Preise festzusetzen. Höhere Preise dürfen nur mit Zustimmung der Reichsfettstelle festgesetzt werden und nur für Bezirke, in denen Erzeugerpreise für Vollmilch bestehen. In diesen Bezirken darf der Erzeugerpreis von 1 Pfund Butter nicht mehr als das Achtdreiviertelfache eines Liter Milch, aber höchstens 3 M. kosten. Da die Gemeinden die Butter vielfach aus verschiedenen Erzeugerbezirken beziehen und dadurch ungleiche Preise im Kleinhandel entstehen müßten, so sind die Gemeinden berechtigt, Einheitspreise festzusetzen. Die Zuschläge, die zu den Erzeugerpreisen erhoben werden dürfen, sind den Gemeinden genau vorgeschrieben. Sie betragen für die Gemeinde einschließlich der ihr entstehenden Unkosten 12 M., für den Großhandel 5 M. und für den Kleinhandel 13 M., so daß höchstens 30 M. Zuschlag für den Zentner Butter oder 30 Pf. pro Pfund erhoben werden dürfen. Auch für Auslandsbutter dürfen die im Inland geltenden Preise nicht überschritten werden, es sei denn, daß die Reichsstelle für Speisefette einen höheren Preis zugrunde legt. Hand in Hand mit dieser Neugestaltung der Preise wird der weitere Ausbau der Bewirtschaftung von Milch und Butter durch eine zweckmäßige, den örtlichen Wirtschaftsverhältnissen angepaßte Organisation zur Erfassung dieser Nahrungsmittel in den Erzeugungsgebieten, durch Ueberwachung ihres Verbrauchs in den Bedarfsgebieten und vor allem durch Bekämpfung des Schleichhandels gehen müssen.

Dem Kriegswucheramt dürfte sich gerade auf diesem Gebiete eine recht lohnende Tätigkeit bieten, werden doch heute schon in Großbetrieben für Butter Preise erhoben, die annähernd das Dreifache des neuen Erzeugerpreises betragen.

Lieferung und Behandlung der Magermilch.

Infolge der wachsenden Transportschwierigkeiten muß die bisher zweimal in der Woche erfolgte Belieferung mit Magermilch vereinfacht werden. Die jetzigen Magermilchbezugsberechtigten werden dementsprechend von Sonntag, den 2. September, ab auf ihre Magermilchkarte nur einmal wöchentlich je 1 Liter Magermilch erhalten. Die einzelnen Bezirke sind zur Erleichterung dieser Verteilung in Unterbezirke eingeteilt, die durch die Buchstaben A—G kenntlich gemacht werden. Jeder Magermilchbezugsberechtigte wird bei seinem Milchhändler durch einen Aushang der Fettstelle Groß-Berlin erfahren, zu welchem Unterbezirk er gehört und an welchem Tage der Woche dieser Bezirk mit Magermilch beliefert wird. Der Wochentag ist auf der Magermilchkarte zu vermerken.

Im Haushalt soll die Voll- und Magermilch alsbald abgekocht werden. Zweckmäßig werden hierzu die mit Vorkehrungen gegen das Ueberwallen versehenen sogenannten Milchkochtöpfe verwendet. Nach dem Kochen ist die Milch sofort abzukühlen und zur Verhütung des Zutritts neuer Keime möglichst in demselben Gefäß, das zum Aufkochen dient und einen übergreifenden Deckel haben soll, kühl aufzubewahren. Ist Voll- oder Magermilch infolge zu langer Lagerung oder unsachgemäßer Behandlung und Aufbewahrung fadenziehend oder schleimig geworden oder zeigt sie sonst eine abweichende Beschaffenheit, insbesondere einen fremdartigen Geruch oder Geschmack, so ist sie vom Genuß auszuschließen. Sauergewordene Magermilch von reinem Geruch und Geschmack kann wie saure Vollmilch verwendet werden. Zur Ernährung von Säuglingen darf Magermilch auf keinen Fall verwendet werden.

Schwarze Liste für Kriegswucherer.

Eine „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen" will eine Liste von Personen anlegen, die aus der Not dieser Kriegszeit einen unangemessen hohen Gewinn ziehen. Sie hebt hervor, daß die Liste über den Krieg hinaus ihren Wert behalten soll, und sagt: „Die Wucherer sollen doch ja nicht glauben, daß, wenn erst einmal der Friede wieder hergestellt ist, man ihr Verbrechen mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken wird und sie ungeschoren den dem Volke abgepreßten Wuchergewinn genießen können. Mit Fingern muß man im Frieden auf sie deuten als den inneren Feind, der sich nicht gescheut hat, in den schwersten Zeiten, die je das deutsche Volk heimgesucht haben, den Volksgenossen heimtückisch in den Rücken zu fallen". Es ist allerdings sehr zu wünschen, daß Kriegswucherern ein lange vorhaltendes Brandmal ihrer Schande aufgedrückt wird. Aber die Zentralstelle wird sich vor Mißgriffen hüten müssen, wie sie bei schwarzen Listen nur zu oft vorgekommen sind.

Das Berliner Handwerk und die Zusammenlegung der Betriebe.

Auf Einladung des Vorstandes der Handwerkskammer zu Berlin fand im großen Saale des Lehrervereinshauses eine von Berliner Handwerksmeistern der verschiedensten Gewerbe sehr stark besuchte Versammlung statt, um die Innungsmitglieder über die Frage der Zusammenlegung oder Stillegung von Handwerksbetrieben aufzuklären. Der Vorsitzende der Kammer, Obermeister Rahardt, führte aus, es müsse für Berlin unbedingt vermieden werden, daß die tief einschneidende Maßnahme der Zusammenlegung von Betrieben ohne Heranziehung der Handwerkervereinigungen nur vom grünen Tisch durchgeführt würde, wie es schon in einigen anderen Kriegsamtsbezirken beabsichtigt gewesen sei. Im Kriegsamt sei ihm die beruhigende Versicherung gegeben worden, daß eine allgemeine Anordnung, die Frage der Zusammenlegung oder Schließung von Betrieben ohne die beteiligten Kreise durchzuführen, nicht ergangen sei. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Zusammenlegung sei nicht festgelegt; es empfehle sich aber, einen fertigen Plan für den Fall vorzulegen, daß es zur Zusammenlegung komme.

In der anschließenden Aussprache kam von den Vertretern der einzelnen Innungen übereinstimmend zum Ausdruck, auch das Opfer der Zusammenlegung oder Stillegung der Betriebe auf sich zu nehmen. Mehrere Innungen haben sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und insbesondere Vorschläge zur Ersparung von Kohlen und Licht gemacht. So schlagen die Friseure vor, im Winter die Geschäfte um 8 Uhr vormittags zu öffnen und werktags um 7 Uhr zu schließen, wenn nötig, im dunkelsten Monat noch früher; ferner wird von ihnen vorgeschlagen, die Friseurgeschäfte an einem ganzen Werktag oder je nach Bedarf an zwei Werknachmittagen vollständig zu schließen. Sonnabends soll das Geschäft um 8 Uhr abends geschlossen werden. Auch die Fleischer brachten ihre von uns bereits in der gestrigen Nummer auf bestimmte Geschäftseinschränkung gerichteten Wünsche vor. Eine Zusammenlegung der Fleischereibetriebe habe bereits in der Weise stattgefunden, daß die Wurstherstellung in Berlin nur noch in 20 Gruppen und Fabriken erfolge. In den 1400 Fleischerläden Berlins könne auf diese Weise viel Licht erspart werden. Auch die Bäcker haben schon eine Reihe von Betrieben, etwa 190, zusammengelegt, und zwar zur Zufriedenheit der zusammengelegten Betriebsinhaber, die am Brotverkauf beteiligt bleiben. Von den Vertretern anderer Innungen wurden abweichende Vorschläge gemacht, um das Ziel der Kräfte- und Kohlenersparnis zu erreichen.

Die Verteuerung der Eisenbahnfahrten.

Die bevorstehende „Reform" des Personentarifs der Eisenbahnen, die uns eine neue Erhöhung der Fahrpreise bringt, soll — so wird gemeldet — bis zum 1. April nächsten Jahres fertig sein und dann in Kraft treten. Sie wird die Bevölkerung Groß-Berlins besonders hart treffen, weil auch auf Stadt-, Ring- und Vorortbahnen die Fahrpreise erhöht werden, und zwar nicht nur für Einzelkarten, sondern auch für Wochenkarten, Schülerkarten, Monatskarten und Nebenkarten. Die Bewohner von Großstädten und ihren Vororten müssen, soweit sie für ihre täglichen Fahrten zu und von der Arbeitsstätte die Eisenbahn zu benutzen genötigt sind, diese Fahrtverteuerungen täglich aufs neue an ihrem Geldbeutel empfinden. Jetzt wird, fürchten wir, in Groß-Berlin auch den Straßenbahngesellschaften und der Hochbahngesellschaft wieder der Mut wachsen, ihre Bemühungen um Erhöhung ihrer Tarife fortzusetzen bis zum „glücklichen Ende". Wenn auch sie die „Reform" der Tarife erreicht haben werden, dürfte es vielen der in Berlin beschäftigten Personen nicht mehr möglich sein, in Vororten zu wohnen und täglich die teuren Fahrten zu machen. Wie eng mit der Wohnungsfrage die Verkehrsfrage zusammenhängt, wie wichtig für die wünschenswerte „Dezentralisation" der Großstadtbevölkerung die Beschaffung reichlicher und billiger Fahrgelegenheiten ist, das leuchtet ohne weiteres ein. Die Wohnungsnot, die nach dem Kriege zu erwarten ist, dürfte für Berlin um so fühlbarer werden, weil die Fahrtverteuerungen es der in Berlin arbeitenden Bevölkerung erschweren, sich in entferntere Vororte zu flüchten.

Gegen die Diebstähle in Laubenkolonien.

Laubenkolonisten haben wegen der überhandnehmenden Felddiebstähle besondere Feldhüter angestellt, die im Verein mit den Gendarmen und Militärposten den Langfingern ihr Handwerk sehr erschweren. In voriger Woche wurden mehr als ein Dutzend erwischt, die die Kolonien im Osten geplündert hatten.

Einstellung einer Omnibuslinie. Am 31. August abends wird der Betrieb der Omnibuslinie 28 (Hasenheide—Flensburger Straße) eingestellt.

Mit Lysol vergiftet hat sich der 41jährige Tischler August Bismark, Falckensteinstr. 31. Er wurde in seiner Wohnung vom Hausverwalter tot aufgefunden. Der Grund des Selbstmordes ist nicht bekannt.

Die Axt im Walde. Der Gemeindevorstand von Friedrichsfelde macht bekannt: „Auf dem Gelände des Friedrichsfelde-Karlshorster Flugplatzes ist eine zirka 35 000 Quadratmeter große Tannenschonung als Weihnachtsbäume zu verkaufen." „Tannen" werdens wohl nicht sein, aber — mögen nun Tannen oder Fichten oder Kiefern auf dem abzuholzenden Gelände stehen — bedauerlich bleibt es auf alle Fälle, daß hier wieder ein Stück jungen Waldes unter der Axt hinsinken muß.

Der Deutsche Bund für Mutterschutz gewährt in seiner Auskunftsstelle, Uhlandstr. 143, allen Müttern, ehelichen sowie unehelichen, Auskunft, Rat und Hilfe. Das ebendort gelegene Heim des Bundes nimmt Schwangere und Mütter von 6 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Entbindung auf.

Charlottenburg. Fleischkartenumtausch. Mit Beginn der neuen Fleischkartenperiode wird erneut der Umtausch der Fleischkarten stattfinden, und zwar werden auf eine Vollfleischkarte für je 250 Gr. Fleisch 250 Gr. mehlhaltige Nahrungsmittel, für eine Kinderfleischkarte für je 125 Gr. 125 Gr. gewährt. Es werden nur die vollen Reichsfleischkarten umgetauscht. Der Umtausch der Fleischkarten findet vom 3. bis 8. September buchstaben- und tageweise geordnet vormittags von 8½—2 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr statt. Die mehlhaltigen Nahrungsmittel können in den 36 durch Aushang kenntlich gemachten städtischen Verkaufsstellen gegen Abgabe der Bezugskarten entnommen werden. Der Umtausch erfolgt jedesmal für die Dauer der Fleischkartenperiode. Einsendung durch die Post ist zu vermeiden, da verloren gegangene Fleischkarten nicht ersetzt werden. Sonnabend, den 8. September, bleiben die Umtauschstellen ununterbrochen bis abends 7 Uhr geöffnet, damit etwaige Nachzügler — aber nur in begründeten Ausnahmefällen — den Umtausch vornehmen können.

Lichtenberg. Lebensmittel. Der Magistrat verteilt auf Abschnitt 100 der Lebensmittelkarte nach Wahl entweder ein Pfund Einmachezucker oder zwei Pfund Marmelade.

Die Anmeldung findet von heute bis Donnerstag, den 6. September, für Einmachezucker oder Marmelade in den verschiedenen Geschäften statt.

Die Ware ist in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften zu beziehen. Nach dem 6. September wird keine Anmeldung mehr entgegengenommen. Die Verteilung der Ware erstreckt sich in der Zeit von Mitte bis Ende September.

Infolge der geringen uns zugewiesenen Menge Zucker kann den bisher eingegangenen Anträgen von Gartenbesitzern auf Zuweisung von Einmachezucker nicht entsprochen werden.

Auf Abschnitt 27 der Eierkarte kommt jetzt ein Ei zum Preise von 36 Pf. zur Ausgabe.

Oberschöneweide. Lebensmittel. In dieser Woche werden verausgabt: Auf Abschnitt 22: ¼ Pfund Haferfabrikate, Abschnitt 23: ¼ Pfund Marmelade, Abschnitt 24: 1 Büchse kondensierte Milch oder ¼ Pfund Trockenmilch oder 1 Flasche Milch, sowie auf Abschnitt 25 der Nummernkarte: 400 Gramm Syrup. — Weiterhin gelangen in allen Geschäften zur Ausgabe: Honigkuchen, Zuckerkuchen, Zwieback und Melonen.

Friedrichsfelde. Lebensmittel. In Zukunft wird Weizenauszugmehl zur Herstellung von Weizenbrot nur noch an Magen- und Darmkranke, die eine ärztliche Bescheinigung darüber vorweisen können und an solche Kranke abgegeben werden, denen der Arzt Weizenauszugmehl an Stelle von Brot verordnet. Anträge auf Verabfolgung von Weizenauszugmehl sind unter Rückgabe der ordentlichen Brotkarten im Einwohner-Meldeamt, Dönhoffstraße 31, zu stellen.

Zum Zwecke der Ausgabe von Kartoffelzusatzkarten sind auf den Polizeiwachen und im Einwohnermeldeamt Vordrucke erhältlich, die vom Arbeitgeber zu bescheinigen sind. Die Ausgabe der Karten findet unter Vorzeigung der Bescheinigung für Friedrichsfelde Mittwoch, den 5. September, nachmittags 5—8 Uhr, im Parkrestaurant, Schloßstraße 2, für Karlshorst Donnerstag, den 6. September, nachmittags 5—8 Uhr, im Einwohnermeldeamt, Dönhoffstraße 31, statt.

Friedrichshagen. Milchkarten. Die Ausgabe der für den Monat September geltenden Karten erfolgt morgen für die in der Zeit vom 1. September 1911 bis jetzt geborenen Kinder und am Freitag für die in der Zeit vom 1. September 1903 bis 31. August 1911 geborenen gegen Vorlegung der abgelaufenen Milchkartenabschnitte. Am Montag, den 3. September, nur gegen Vorlegung der schriftlichen Benachrichtigung für die gegen Attest zu verabfolgenden Karten. Die Ausgabe erfolgt an den betreffenden Tagen vormittags von 7—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr im Lebensmittelbureau, Friedrichstr. 88.

— Ferner werden wir durch die Müggelsee-Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß der Uebersetzverkehr zwischen Friedrichshagen und Müggelschlößchen des Sonntags nach wie vor durch die Dampffähre stattfindet. Nur an den Wochentagen wird der Betrieb infolge Kohlenmangels durch Handkähne aufrechterhalten.

Nowawes. Lebensmittel. Heute findet auf Kartenabschnitt 58 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Räucherwaren und auf Abschnitt 64 der Verkauf von Seefischen statt. Die Waren werden abgegeben in den Verkaufsstellen der Gemeinde: Winkel, Priesterstr. 14, Ziegener, Großbeerenstraße, Müller, Wilhelmstraße, Frommert, Müllerstraße, Rudow, Friedrichstraße. Ferner wird von heute bis Montag, den 3. September, auf Kartenabschnitt 62 ein halbes Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pf. und auf Abschnitt 63 50 Gramm Nährhefe zum Preise von 16 Pf. ausgegeben.

Soziales.

Die Löhne während des Krieges.

Um über die Veränderungen der Lohnhöhe während des Krieges festzustellen, hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Erhebung veranstaltet. Obgleich die Bearbeitung noch nicht abgeschlossen worden ist, können die Hauptergebnisse schon jetzt mitgeteilt werden. Es ist dies geschehen in der Nr. 8 des „Reichs-Arbeitsblatt". Gefragt wurde u. a. nach der Zahl der Arbeitertagewerke der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter und nach der ihnen gezahlten Lohnsumme, und zwar wurde versucht, die Verhältnisse in den beiden letzten vollen Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916 festzustellen. Das eingegangene Material ist verhältnismäßig spärlich. Es liegen nur 369 brauchbar beantwortete Fragebogen vor, die sich auf 13 Gewerbegruppen verteilen. Dem „Reichs-Arbeitsblatt" wird darin beigestimmt werden müssen, wenn es sagt, daß unter diesen Verhältnissen die Ergebnisse der Erhebung nicht als typisch angesehen werden können. Aber trotzdem ist das Resultat interessant genug. Es eignet sich ganz vorzüglich dazu, die Meinung entkräften zu helfen, wonach die Arbeitslöhne derartig gestiegen sein sollen, daß die Arbeiter gar keine Ursache hätten, über die Teuerung zu klagen. In Wirklichkeit liegt es anders. Alle Lebensmittel sind in einem ganz anderen Verhältnis im Preise gestiegen als die Löhne. Mehr zu sagen, halten wir für überflüssig. Das amtliche Material mag selbst sprechen.

„Bei fast sämtlichen Gewerbegruppen und Untergruppen ergibt sich für September 1914 ein Rückgang der Löhne, von diesem Zeitpunkte an eine dauernde Steigerung derselben. Die Uebersicht über die Lohnentwicklung der Gesamtheit der befragten Gewerbegruppen zeigt für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 einen Rückgang von 5,17 M. auf 5,12 M. An den folgenden, vorgenannten Stichzeiten ist der männliche Durchschnittslohn ununterbrochen gestiegen bis auf 7,55 M. im September 1916 = 146 Proz. des Lohnes vom März 1914. Am stärksten war die Zunahme vom September 1914 auf März 1915 (14,8 Proz.); vom März auf September 1915 betrug sie 11,4 Proz., im folgenden Zeitraume 6,7 Proz.; vom März bis September 1916 stieg sie wieder um 7,8 Proz. Die Gesamtsteigerung betrug 46 Proz.

Etwas anders ist die Entwicklung des weiblichen Durchschnittslohnes verlaufen. Seine verhältnismäßige Steigerung während des ganzen Erhebungszeitraumes war größer als die des männlichen Durchschnittslohnes, sie betrug nämlich 54,1 Proz. Im September 1914 fand zunächst ein Rückgang gegenüber den für März ermittelten Löhnen statt, und zwar von 2,29 M. auf 1,94 M. = 15,8 Proz. Danach stiegen die Löhne ununterbrochen bis auf 3,58 M. im September 1916, doch vollzog sich hier die größte Steigerung nicht im ersten Kriegswinter, wo sie 16,5 Proz. betrug, sondern vom September 1915 zum März 1916 mit 18,8 Proz.; vom März bis September 1916 betrug sie wieder 16,5 Proz.

Soweit über die Entwicklung der Löhne in einzelnen Industrien ein Ergebnis festgestellt werden konnte, ergab sich folgendes Bild: In der Maschinenindustrie stieg der Durchschnittslohn für das männliche Arbeitertagewerk von 5,83 M. auf 7,89 M., d. h. um 48 Proz. Der Lohn der weiblichen Arbeiter ist während des Krieges hier von 2,28 M. auf 3,88 M. oder um 70,2 Proz. gestiegen. In der elektrischen Industrie findet sich die stärkste verhältnismäßige Zunahme des männlichen Durchschnittslohnes, der von 4,52 M. im März 1914 auf 7,44 M. im September 1916, d. h. um 64,6 Proz. stieg. Der weibliche Durchschnittslohn nahm von 2,75 M. auf 4,80 M., d. h. um 74,5 Proz. zu. In der Eisen- und Metallindustrie stieg der Durchschnittslohn der Männer von 5,55 M. im März 1914 auf 8,02 M. im September 1916, d. h. um 44,5 Proz. Die Zunahme der weiblichen Arbeitsverdienste war viel bedeutender, sie betrug 99,5 Proz.; denn der Lohn stieg von 2,06 M. auf 4,11 M. In der chemischen Industrie weist der Durchschnittslohn der Männer, der im März 1914 5,14 M., im September 1916 6,90 M. betragen hatte, eine Steigerung von 34,2 Proz. auf. Der Durchschnittslohn für das weibliche Arbeitertagewerk hatte hier eine Steigerung von 2,36 M. auf 3,55 M., d. h. um 50,4 Proz. erfahren. In den der Papierindustrie angehörenden Werken, die bearbeitet wurden, stieg der Lohn für die männlichen Arbeiter von 3,94 M. auf 5,54 M., d. h. auf 140,6 Proz. des im März verdienten Lohnes, der für die weiblichen von 2,29 M. auf 2,94 M. oder auf 127,5 Proz. des Anfangslohnes. In der Gewerbegruppe Holz- und Schnitzstoffe fand eine Steigerung des männlichen Durchschnittslohnes bei den befragten Werken von 4,22 auf 5,61 M., d. h. um 32,9 Proz., und eine solche des weiblichen Durchschnittslohnes von 1,99 auf 2,59 M., d. h. um 30,2 Proz. statt.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat der Durchschnittslohn für die männlichen Arbeiter im September 1916 im Verhältnis zum März 1914 eine Gesamtzunahme von 5,70 auf 6,17 M., also um 8,2 Proz. erfahren. Der Durchschnittslohn für das weibliche Arbeitertagewerk stieg von 2,10 auf 2,89 M. In der Leder- und Gummiindustrie stieg der Lohn für männliche Arbeiter von 5,04 auf 6,28 M., d. h. auf 124,6 Proz. des Anfangsbetrages, der Lohn für weibliche Arbeiter von 2,80 auf 3,18 M. oder auf 113,6 Proz. In der Industrie der Steine und Erden stieg der Durchschnittslohn für das männliche Arbeitertagewerk von 4,45 auf 5,40 M., d. h. um 21,3 Proz.; für das weibliche Arbeitertagewerk von 1,67 auf 2,19 M., d. h. um 31,1 Proz.

Eine Steigerung der Löhne wurde ferner im Baugewerbe, im Vervielfältigungsgewerbe, eine geringe auch im Spinnstoffgewerbe, keine solche im Bekleidungsgewerbe festgestellt. Die Zahl der befragten Werke aus den genannten Gewerben war allerdings gering. Im Spinnstoffgewerbe zeigt sich außerdem innerhalb der einzelnen Zweige des Gewerbes eine sehr verschiedene Entwicklung."

Briefkasten der Redaktion.

Oskar 27. Sie haben gegen Ihren Stiefvater keinen Erbanspruch, wohl aber gegen Ihre Mutter. Da die Mutter zurzeit kein eigenes Vermögen hat, können Sie natürlich auch nichts beanspruchen. — **F. N. 7.** Dem Ehemann muß der Pflichtteil verbleiben, falls die Frau nicht berechtigt ist, auf Ehescheidung zu klagen. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. — **J. L. 100.** Der Verwalter ist im Recht. Auch wenn Sie einen neuen Mieter stellen, haften Sie doch während der Kontraktdauer für die Miete. — **Maria 1882.** Kommen Sie zur persönlichen Rücksprache in die juristische Sprechstunde. — **M. M.** An das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beleidiger wohnt. Der Klage muß ein Sühnetermin beim Schiedsmann vorangehen. — **Martin Göckler.** Die Frage läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Wenden Sie sich an eine Gewerkschaft im dortigen Bezirk. — **G. B. 47.** Sie müssen beides zahlen. **M. G. 100.** Den Beweis müssen Sie bringen. Die Gründe scheinen nicht durchschlagend. Die Klage kann nur durch einen Rechtsanwalt erfolgen. — **F. S. Nr. 7.** Gehen Sie mit dem Bescheid zum Gewerkschaftssekretariat, Engelufer 15. — **K. W. 85.** Sie haben keinen Anspruch auf Belohnung, nur Anspruch auf Futtergeld, wenn Sie den Hund polizeilich als zugelaufen angemeldet haben. Das bezahlte Futtergeld ist unserer Meinung nach ausreichend. — **A. H. 70.** 1. **Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amt.** 2. 6. Mai 1882. 3. 20. September 1886. —

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ziemlich kühl, überwiegend bewölkt, mit weiteren, im Küstengebiet mäßig stärkeren, im Binnenlande geringen Regenfällen.

Deutsches Theater. Vorletzte Aufführung. 8 Uhr: Max Pallenberg in **Der kleine Napoleon.** Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 7 Uhr: **Faust I.**

Kammerspiele. Vorletzte Aufführung. 8 Uhr: Hans Waßmann u. Ida Wüst in **Goldfische** (Lustspiel) Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 8 U.: **Gespenstersonate.**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrundb. Schönh. Tor. Vorletzte Aufführung 7½ U.: **Fahrende Musikanten** Musik von Robert Schumann. Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung d. Spielzeit 1917/18. 7½ Uhr: **Was ihr wollt.**

Lessing-Theater. Vorletzte Aufführung. 7½ U.: **Henry Bender** in **Die Königin der Luft.** (Gesangsposse.)

Theater i. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: Künstlerische Tänze. Frage an das Schicksal. Abschiedssouper.

Komödienhaus 7½ Uhr: **Erdgeist.**

Berliner Theater 7½ U.: **Die tolle Komteß.**

Voigt-Theater. Badstr. 56. Badstr. 58. Täglich: Große Extra-Vorstellung. **Der Walzerkönig.** Vorher: Erstklassiges Spezialitäten-Programm. Anf. wochent. ½5, Sonnt. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger. Anfang 7½ Uhr. Sonntag Nachm. 3 Uhr Vorstellung z. ermäß. Pr.! Herrl. Progr.! Bill. sch. heute

Reichshallen-Garten u. Saal: Blüthgen-Konzert. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.

Theater für Donnerstag, 30. August.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Die toten Augen.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Th. Operetten-Gastspiel 7½ Uhr: **Die ledige Ehefrau.**

Kleines Theater 8 Uhr: **Die Hausdame.**

Komische Oper 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus 7½ Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Residenz-Theater 8 Uhr: **Die Verhüllte.**

Metropol-Theater 7½ Uhr: **Die Czardasfürstin.**

Neues Operettenhaus Schiffbd. 4a. Kassent. N 4. 281 7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Schiller-Theater O 7½ Uhr: **Walküre.**

Schiller-Th. Charl. 7½ Uhr: **Traumulus.**

Thalia-Theater 7½ Uhr: **Egon und seine Frauen.**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens Beginn der Winterspielzeit Sonnabend, 1. September. Z. 1. M.: Der verliebte Herzog.

Winter Garten Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan Dazu: 9 Uhr abends **Venezianische Nacht** Pantomime in 12 Bildern von Karl Vollmoeller

URANIA 8 Uhr: Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina.

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: **Zigeuner.** Gartenbühne: Vorstellung.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Die Stunde des Vertrauens. Gartenb.: Seemannsliebchen.

Zirkus A. Schumann Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Das große Zirkus-Varieté-Programm 3 Meinickes halsbrech. Akt. Classons ganz neue Leist. Max u. Moritz. Luis u. Sohn. — Sums. **Halali** Parforce-Schnitzeljagd. Sonntag 3½ u. 8 Uhr. Nachm. 1 Kind frei, u. Gratis-Ponny-Reiten.

Trianon-Theater a. Bhf. Friedrichstr. Tel. Zt. 4927 ½8 Uhr **Der reizende Adrian.** ½8 Uhr

Admirals-Palast. Die Novität **Abrakadabra** Gr. phant. Ballett a. d. Else. Angenehm. kühl. Aufenthalt 7½ U. Vorzügl. Küche.

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7—9. Zum 95. Male: **Aha — famos!** Gr. Ausstattungs-Operettenposse in 3 Akten mit Gesang u. Tanz. Vorher d. gr. Varietéprogramm. Anfang 4½ Uhr.

Casino-Theater Lothringer Straße 37. Täglich ½8 Uhr: Wirklicher Humor! Gr. Erfolg! Die Schlagerposse **Heiraten mußte!** Vorher der neue bunte Teil. Sonnt. 4 Uhr: Guste, die Perle.

Palast Theater Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½. Nur noch bis 31. August! R. Steidl, A. Müller-Lincke in: **„Der Herr ohne Wohnung". „Aira".** Perzina — Kanti.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek verschiedene Hefte das Stück 20 Pfg. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 3

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichst. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.) Blutuntersuch. Schnelle, sicher, schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 221/90 Sprechstund.: 11—1 u. 6—8

Wie ein Wunder beseitigt [18082* San.-Rat Dr. Strahls **Hautsalbe** jed. Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, bes. Beinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zusendg. erfolgt per Nachnahme in Dosen a 2,20, 3,85, 6,60. Elefanten-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhoffplatz).

In Freien Stunden Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 3.

Der Polizeimeister. Ein russischer Polizeiroman von G. Japolska. Preis 5 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Beschlagnahmfreie Mengen gebrauchter ¹/₁ **Sekt-** Stück bis **25** Pf. **Wein-** Stück bis **4** Pf. **Korke** und alle anderen Sorten sowie **Zelluloid- | Film- Hartgummi- Wachswalzen- Schallplatten-** Abfälle kauft **Ordower G. m. b. H.** Berlin, Georgenkirchstr. 50 beim Alexanderplatz, 9—12, 3—6 Uhr. *

Zähne mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk. Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10438. **D. A. Löser** Persönl. zu sprech. nur **Rosenthalerstr. 59** am Platz v. 9-7 Sonnt. 10-12.

Mehrere Rohrleger und Helfer sofort gesucht. 802 Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel. Dorotheenstraße 35. Abteilung Spülwasserfett.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dräcker

Max Wedekind

Friedrichsberger Str. 23 am 26. August gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Graveur

Ernst Hochsattel

Steglitz, Mommsenstr. 9 am 21. August gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gärtler

Otto Richter

Urbanstr. 88 am 9. August in Kiel gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Erich Schulze

Lychener Str. 31 am 24. August gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Gustav Neise

Fehrbelliner Str. 50 am 26. August gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Richard Wegner

Hennigsdorfer Str. 22 am 13. August gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken! 181/6 Die Ortsverwaltung.

Die Zeit steht still . . .

Der erste Tag der Ferien. Aus der drängenden Hast des Berufes in das gartenumgürtete Haus, wo mir die Mutter wohnt. Ich strecke mich behaglich ins Bett, die Zeit steht still . . .

Heute mittag schlenderte ich durch die alte Stadt, wo ich heranwuchs. Im flirrenden Sonnenschein ging ich über den Marktplatz zum altbekannten Uhrmacher, eine geringfügige Reparatur machen zu lassen. Eine blasse, stille Frau antwortete: „Es ist nicht möglich, mein Mann ist schon lange im Felde, der Gehilfe auch." — Darf die Zeit nicht weitergehen? — „Es ist Krieg, mein Herr!"

Als ich heraustrat, fiel mein Blick auf die große, über der Haustür hängende Uhr, das sonst nimmer rastende Wahrzeichen des fleißigen Mannes. Auf sie warf ich einst ängstlich den Blick, wenn ich morgens zu spät zur Schule eilte. Sie steht still, der Meister, der sie aufzog, ist weit fort, draußen in Flandern. . . .

War es nicht gestern auch so, als du noch durch das nimmer rastende Berlin, selbst ein Unruhiger, hastetest? Schauten dich da nicht, wo du auch gingest und wo du auch fuhrst, diese großen schwarzen Uhren mit den weißen, leichenblassen Zifferblättern an, sie stehen still, wie gebrochene Augen lang Verstorbener sehen sie auf die eilenden Menschen herab. . . .

Der Freund der Jugend steht mir vor Augen, mit ihm schwärmtest Du, mit ihm strebtest Du. Er trat ins Leben hinaus, ward ein Vorkämpfer der Menschheit. Der Krieg kam. Als der ersten einer eilte er hinaus, um mit der verhaßten Waffe aus Stahl, statt mit dem Geist die Freiheit dem Volke zu erringen. Im ersten Gefecht traf ihn die Kugel. Die Zeit, der er ein Führer sein wollte, stand für ihn still.

Die alte, lebenserfahrene Frau, die mir in mancher bangen Not leise und sanft klugen Rat gab, sie geht in tiefem Schwarz, gebückt, sie, die sonst so stolz einherschritt. Der einzige Sohn, dem sie ganz lebte, fiel. Das Leben hat keinen Inhalt mehr für sie. Ihr versank die Zeit.

Und du, liebe Freundin! Mit heißem Herzen stürztest du dich in die Arbeit, darbenden, ratlosen Frauen Hilfe zu bringen, du sahst zu viel der Not, des Elends in der Heimat. Zu schwer trugst du daran, dein Geist versank in Nacht. Nun harrst du in weltabgeschiedener Einsamkeit des Friedens und der Heilung. Dir gilt keine Zeit mehr.

Drei Briefe kommen mir in den Sinn.

Der eine vom Bruder aus der Front im Westen, dort wo schon lange der Kampf still steht. Er schreibt: „Immer dasselbe Bild. Stellungskrieg. Wir liegen in Schlamm und Schmutz, schlagen uns mit den Ratten um das bißchen Brot, hin und wieder ein vereinzelter Schuß, ein Tag wie der andere, ich möchte in die Heimat, arbeiten für Frau und Kind. Wo bleibt die Zeit?"

Ein Kollege aus dem Lazarett: „Nun liege ich schon seit Jahresfrist hier, immer wieder bricht die alte Wunde auf, stößt Eiter und Knochensplitter aus, meine arbeitsreichen Hände möchten dir helfen, mit dir zusammen schaffen, wie lange noch? Mir geht die Zeit dahin — — —"

Der dritte von der Insel Man: „Drei Jahre sitze ich als Gefangener nun schon hier in tatenlosem Müßiggang, der Geist wird müde, die Muskel erschlaffen. Jeden Abend schaue ich der Sonne nach, hoffend, daß sie morgen beim Aufgang die Botschaft der Befreiung brächte, doch immer vergebens, die Zeit sinkt mir dahin —"

Da, durch die Stille der Nacht dringt zu mir aus der Ferne das Pochen und Hämmern der Fabrik, die sonst nicht da war. Auf der Fahrt heute in die Heimat kam ich vorbei an den hohen, schlanken Türmen der Funkenstation, an den mächtig sich wölbenden Bauten, wo Kunst des Menschen den Stickstoff der Luft seinen Werken dienstbar macht. Heute Stätten kriegerischer Zerstörungskunst, morgen vielleicht schon friedlicher Arbeit.

Auf den Aeckern und Wiesen ernteten kräftige Frauen den Ertrag ihres Fleißes, auf den Straßen und Bahnen gingen Frauen, die ihren Mann verloren, ungewohnter Tätigkeit nach. Mit festgeschlossenen Lippen dem Schicksal trotzend, arbeiten sie, für ihre Kinder eine neue, glückliche Zeit herbeizuführen. Die Zeit steht nicht still, die Arbeit geht weiter ihren Gang, noch schneller, tatkräftiger als früher. Der Geist des Forschers sinnt, neue Möglichkeiten des Lebens der Zeit abzutrotzen, das Volk kämpft seinen Kampf um sein gutes Recht und glücklichere Zukunft weiter auch fern der blutigen Wahlstatt.

Die Zeit steht nicht still, sie wird den Frieden bringen. Die Meister werden zurückkehren und die Uhren wieder in Gang setzen. — — —

Und fühlt dein pochendes Herz nicht auch ein ungestümes Drängen, mitzuwirken an der Erneuerung der Zeit, sehnt sich dein Hirn nicht, neuen Gedanken nachzuhängen und an neuen Formen mitzuschaffen, straffen sich nicht deine Arme nach kurzem Urlaub Steine wieder heranzutragen zum Bau der Zukunft?

Und während sich Gedanken und Träume verschlingen, schlägt dröhnend die alte wohlbekannte Glocke von St. Marien die Mitternachtsstunde — vergangenheitsschwer, zukunftssicher.

Goethe-Abend im Schauspielhaus.

Zu Goethes Geburtstag brachte das Königliche Schauspielhaus am Dienstag die in Berlin sehr lange nicht mehr aufgeführte „Stella" und das hier überhaupt noch nicht gespielte „Prometheus"-Fragment. Gegen Mitte der zwanziger Lebensjahre entstanden, in jener Zeit, als Goethes unvergleichliches Genie im Werther und im Urfaust sich strahlend ankündigte, können beide Werke (die grandiosen Verse des Prometheusgedichts sind später erst hinzugefügt) doch nur ein literar-historisches Interesse beanspruchen.

In den Worten Fernandos, dessen rasch entflammte und rasch verlöschende Leidenschaft zwischen zwei von ihm in tiefstes Leid gestürzten Frauen hin und herschwankt, klingt etwas von der Reue nach, die der jugendliche Dichter über die eigene Unbeständigkeit so schmerzlich oft empfunden. Aber der Wankelmut erscheint hier losgelöst von jeder Art Beziehung zu tieferen Unterströmungen. Es fehlt der Hintergrund einer von dämonischer Unruhe umhergetriebenen, im dunklen Freiheitsdrange gärenden Genialität und so alles im engeren eigentlicheren Sinn Jung-Goethesche. Fernando bleibt eine farblos gleichgültige Figur. Und so scheint denn die Schwärmerei, mit der die verlassene Gattin und die verlassene Geliebte an ihm hängen, nur seinem hübschen Aussehen und seiner angenehm chevaleresken Art zu gelten. Nach Jahren ins Haus der Geliebten endlich zurückgekehrt, trifft er bei ihr die Gattin, die er verließ. Die Liebe wie zu Stella so zu Cäcilie flammt wieder mächtig auf. Er will mit seiner Frau, die ältere Rechte an ihn hat, fliehen. Stella erfährt davon und ein Wettstreit des Opfermutes entspinnt sich. Keine will der andern ihr Teuerstes rauben. Ursprünglich endete das Drama damit, daß alle drei in einem Bund zusammenleben wollen. Die Aufführung hielt sich an den vom alten Goethe veränderten Schluß, der Fernando und Stella durch Selbstmord enden läßt. Eine Lösung, die psychologisch nicht viel überzeugender wirkt wie jene frühere mit ihren zweifelhaften Zukunftsaussichten.

Für den Fernando brachte Herr Ehrle sympathische Erscheinung und weichen Wohllaut des Organs mit. Helene Thimig gab der Stella herzliche Wärme des Gefühls, die aber auch eine Impulsivität, die hier und da, wohl kaum im Sinne des Dichters, ans Aufgeregt-Nervöse streifte. Die stärkste, künstlerisch vollkommen abgerundete Leistung bot Frl. Suffin in der Rolle der verlassenen vornehm blassen Frau.

Jener Zug großartiger Symbolik, der das später geschriebene, als Abschluß dem Fragment hinzugefügte Prometheusgedicht erfüllt, tritt in den dramatischen, das Mythologische ausmalenden Szenen bei weitem nicht so wuchtig-stark hervor. Goethe zeigt den Titanen, der, den Göttern grollend, auf einsamem Berg menschliche Gestalten aus totem Gestein schafft. Athene erfüllt ihm seine Sehnsucht, haucht Leben in die Gebilde seiner Künstlerhand. Huldigend feiert das junge Menschengeschlecht in Prometheus den Vater. Weise spricht er zu Pandora (Frl. Thimig), die, von erster Liebesregung gestreift, ihm vertrauensvoll ihr Herz eröffnet, und auch seinen anderen Geschöpfen steht er mit klugem Rate bei. Wie sich Goethe den Fortgang seines Dramas dachte, läßt dieser Anfang nicht erkennen. Hinter dem Bilde des gewaltigen Titanen, wie ihn Phantasie sich ausmalt, blieb die Bühnenverkörperung (Herrn Mühlhofer war die Aufgabe zugefallen) in schmerzlich weitem Abstande zurück. Stimmungsvoll umrahmte Beethovensche Musik das Ganze. dt.

Die Kohle.

Unter den mancherlei Schwierigkeiten, die sich infolge der augenblicklichen Kriegsverhältnisse einstellen mußten, steht gegenwärtig die Frage der Kohlenversorgung im Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit. Mit Spannung folgt nicht nur der Industrielle, sondern jede Hausfrau den Anordnungen der maßgebenden Behörden, und wir dürfen wohl hoffen, daß diese so getroffen werden, daß wir trotz gebotener Einschränkung auch im kommenden Winter der warmen Stube ebensowenig werden entbehren müssen wie der genügenden Menge von Nahrungsmitteln. Bei genauerem Zusehen merken wir rasch, daß die Kohle unter allen Produkten der deutschen Erde am allerwenigsten ausgehen kann.

Deutschland ist das kohlenreichste Land der Erde, die Schätzung unserer Kohlenvorräte läßt sich natürlich nur ganz annähernd vornehmen, aber die Angaben darüber schwanken zwischen 300 und 400 Milliarden Tonnen. Sechzig Prozent unseres Kohlenbedarfs liefert uns das oberschlesische Kohlenbecken, dessen gesamte Kohlenmenge auf 93½ Milliarden Tonnen veranschlagt wird, wenn sie nur bis zu einer Tiefe von 2000 Metern reicht. Dies würde einem Kohlenwürfel von 4500 Meter Kantenlänge entsprechen und das oberschlesische Kohlenbecken allein könnte unser Vaterland 2000 Jahre lang mit Kohlen vollständig versorgen. An zweiter Stelle steht das niederrheinisch-westfälische Kohlenbecken, das etwa 30 Proz. unseres gesamten Vorrates an Kohle birgt. Wie weit es in die Tiefe reicht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ganz gewiß aber 1500 Meter und bis dorthin birgt es 54,8 Milliarden Tonnen Kohle, während ganz England nur etwa 22 Milliarden Tonnen besitzt. Der Rest unseres Kohlenvorrates, also die noch fehlenden 10 Proz., verteilen sich in erster Linie auf das Saargebiet und das Aachener Becken, denen sich dann die andern kleineren Kohlengruben in den verschiedensten Teilen Deutschlands anschließen. Wenn wir zeitweise Schwierigkeiten mit unserer Kohlenversorgung haben, so liegt dies daran, daß wir im Vergleich zu normalen Zeiten ungeheure Mengen von Kohlen verbrauchen, haben wir doch alle die hohen Anforderungen des Heeres — dabei handelt es sich um Transport- und industrielle Zwecke — zu erfüllen und nicht nur Deutschland, sondern auch unsere Verbündeten und teilweise die neutralen Länder zu versorgen, während die Arbeitskräfte in den Bergwerken bedeutend eingeschränkt sind durch militärische Einberufung. Außerdem fällt noch das weg, was uns England im Frieden jährlich lieferte, nämlich etwa 10 Millionen Tonnen. Frankreich und Italien erhielten aus England in Friedenszeiten jeder ebenfalls etwa 10 Millionen Tonnen, Schweden und Rußland etwa 4, Dänemark 3 und Norwegen 2 Millionen.

Im ganzen hat England 1913 an Kohlen für sich und für das Ausland 292 Millionen Tonnen gefördert, Deutschland nur 280 Millionen Tonnen. Für England ist das Raubbau, denn bei einer derartigen Ausbeutung sind seine Kohlenvorräte in 250 Jahren aufgebraucht. Was es heute seinen Vasallen liefert, wissen wir nicht, aber jedenfalls muß es seine Kräfte aufs höchste anspannen, um ihnen gerecht zu werden. Frankreich ist in sehr übler Lage dadurch, daß wir seine Kohlengebiete sowie die Belgiens in Händen haben, Rußland, das im Frieden etwa 30 Millionen Tonnen förderte, hat durch den Verlust des Dombrowa-Beckens in Polen eine Jahreseinbuße von 6 Millionen erlitten, die uns, ebenso wie in Belgien 23 Millionen Tonnen jährlich, zugute kommen. Wieviel Frankreich jetzt fördern kann, wissen wir nicht, im Frieden betrug seine jährliche Kohlengewinnung im eigenen Lande 40 Millionen Tonnen, Italien dagegen hat so gut wie gar keine eigenen Kohlen. Es wurde ja bis zu seiner Kriegserklärung von uns versorgt, wie wir heute noch nach Skandinavien, nach Holland und der Schweiz liefern müssen, denen England nichts oder nicht viel geben kann und will. Man sieht also leicht, wie die Kohlenfrage bei unseren Feinden eine viel schwierigere ist als bei uns, denn wenn auch schließlich Nordamerika schon im Frieden über 500 Millionen Tonnen jährlich förderte und noch mehr liefern könnte, so sorgen unsere U-Boote dafür, daß dies der Entente nicht viel nützt und an eine Hilfe auch nur für Rußland durch Japan ist deshalb nicht zu denken, weil dieses Inselreich mit einem Gesamtvorrat von etwa 7 Milliarden Tonnen Braunkohle zu den kohlenärmsten Ländern der Erde gehört.

Notizen.

— **Vorträge.** Im Monistenbund spricht Freitagabend 8½ Uhr im Humbser-Bräu, Tauentzienstr. 7 I, Dr. M. H. Baege über die Entstehung der Denkformen.

— **Das Drama „Frieden"** des alten Aristophanes, das mit den Mitteln der Komödie das ernsteste Problem von heute und damals behandelte, ist von Lion Feuchtwanger neu für die Bühne bearbeitet worden. Man hofft es in München herauszubringen.

— **Eine Pocken-Ausstellung**, die die Erfahrungen der letzten Pockenattacke den Ärzten und dem Publikum vor Augen führt, soll im September im Kaiserin-Friedrich-Haus (Luisenplatz) stattfinden.

— **Die Kristianiaer Börse schließt aus Spionenfurcht.** Das Börsen- und Handelskomitee zu Kristiania hat, wie von dort gemeldet wird, die aufsehenerweckende Maßnahme getroffen, die Fondsbörse für die Allgemeinheit zu schließen. Nur die notierungsberechtigten Makler haben noch Zutritt. Die Veranlassung ist, daß man Grund zu haben glaubt, daß sich in dem großen Zustrom von Spekulanten zur Börse auch ausländische Spione versteckt halten.

41]

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Kristen Faurholt lächelte — und sah nach Niels hin, der eben aus der Wohnstube kam. Er war zur Vesper daheim.

„Nein, das sind meine Leute nicht. Solche Personen mit Rücken!" sagte Madame Faurholt scharf.

„Was sagen doch die Leute", warf Paul Vinding ein: „daß er Gjatrid haben soll, und Niels da soll die Schwester haben?"

„So so, sind die Leute schon so weit damit gekommen!" sagte Madam Faurholt. „Das wäre nicht gut, wenn es richtig wäre. Dann täten, glaub' ich, Kresten und ich am besten dran, anderswohin zu ziehn, sobald wir könnten."

„Nein, ich konnte mir ja ungefähr denken, daß es nicht stimmte. Ja, dann sind das natürlich auch nicht anderes als Lügen", fuhr Paul mit dem ernstesten Gesicht von der Welt fort, — „daß die Knechte hier auf dem Hof gedroht haben zu kündigen, weil sie nichts anderes als Aal zu Mittag bekämen in den letzten Wochen."

„Was sollte das für eine Art Aal sein?" fragte Kristen Faurholt.

„Ja, es sollte ja von dem sein, den Niels fängt, wenn er des Nachts mit Fackeln auf dem Fjord draußen ist."

„Soviel fang ich nun nicht, daß die Leute es satt kriegen könnten," sagte Niels, ohne aufzublicken.

„Satt kriegen!" lachte Paul Vinding. „Es gehört nicht viel dazu, damit die Leute es satt kriegen. — Das muß ja übrigens ein langer Weg für Dich sein, wenn Du hier von Stavn aus das Pech und die Sachen schleppen sollst, womit Du Brand machen willst. Aber mag ja sein, daß Du drüben auf dem Bjerrehof Feuer bekommen kannst!"

„Ja, wir können ja wohl davon reden", sagte Madam Faurholt, „aber gespaßt soll damit nicht werden; denn soviel müssen Niels und Gjatrid wissen, wenn das geschieht, — so werden sich Dinge ereignen, die sie sich nie haben denken können!"

Es wurde ganz still nach diesen Worten. Sie waren auf ganz ungewöhnliche Art gesagt worden. — Endlich begann Kristen Faurholt doch: „Ja, ja, liebe Inger, es lohnt sich doch nicht, so hart davon zu reden, bis etwas geschehen ist. —"

„Soviel ist doch geschehn, daß Gjatrid den abgewiesen hat, mit dem Du und ich sie verheiratet wünschen."

„Ja, sie verheiratet wünschen, — —" sagte Kristen Faurholt, — hielt jedoch ein. — — Gjatrid war aufgestanden, ganz von Tränen überwältigt — und lief nun aus der Stube, ohne ein Wort zu sagen. — — —

Am Abend aber wurde zum Adjunkten Fischer geschickt, und dann wurde sie mit ihm verlobt.

Es wäre wohl, trotz allem, nicht geschehen, wenn nicht ihr Vater, ohne daß seine Frau es hörte, der Tochter zugeflüstert hätte: „Ja, liebe Gjatrid, ich finde, Du solltest Dich jetzt mit dem Adjunkt verloben, — wird es dann zu streng für Dich, so kannst Du's ja doch später mit ihm rückgängig machen. Ihr sollt für die nächsten zwei Jahre nicht heiraten, das will ich Dir versprechen!"

* * *

Am 20. Oktober begab sich Anders Hjarmsted wieder auf den Thinghof, um es in seinem Prozeß zum Spruch kommen zu lassen. Aber Kristen Faurholts Anwalt, der dicht neben dem Hardeskontor wohnte, war auch beim Gericht erschienen und begehrte einen Aufschub von drei Monaten, „aus demselben Grunde wie vorher". Der wurde ihm sofort bewilligt.

Anders war im ersten Augenblick am meisten zornig auf seinen Vater, und das war gut so, denn sonst wäre er kaum aus dem Gerichtslokal hinausgelangt, ohne dies oder jenes getan zu haben, was lieber ungetan blieb.

Nun ging er gleich hinüber und spannte die Pferde vor den Wagen. Doch als er sofort darauf an Anwalt Böllings Tür vorbeifuhr —, konnte er es nicht lassen, die Pferde anzuhalten und hineinzugehen, um mit dem Manne zu reden. Bölling kam in den Flur hinaus.

„Kann Kristen Faurholt beweisen, daß er getan hat, was er konnte, während der letzten zwei Monate, um sich Zeugen zu verschaffen?" fragte Anders.

„Ist nicht nötig."

„Ist ihm denn deshalb kein Beweis abverlangt worden?"

„Von wem?"

„Wohl vom Hardesvogt oder vom Adjunkten?"

Der Rechtsanwalt schüttelte ungeduldig den Kopf.

„Wie oft kann Faurholt in dem Prozeß Aufschub bekommen?"

„So oft der Hardesvogt oder der bevollmächtigte Adjunkt es angemessen findet."

„Ja, aber dann kann man doch in der Sache appellieren, wenn man meint, daß es auf die Art zu lange fortgeht, — und man sonst Lust dazu hat?"

„Näh!" lachte Anwalt Bölling. „Sie können, der Teufel hol mich, doch nicht in einer Sache appellieren, bevor das Urteil gefallen ist. — Aber Sie können ja beim Amtmann klagen — oder in den Zeitungen — — Aber, junger Mann, ich finde es sonderbar, daß Sie sich bei dem Anwalt Ihres Gegners Rat holen."

Anders sah das ein und wurde rot. „Entschuldigen Sie!" sagte er und ging nach der Tür.

„Aber Sie könnten ja Adjunkt Fischer bitten, etwas näher zu untersuchen, wie der Proprietär den vorigen Aufschub benutzt hat. Das würde ich Ihnen raten. Jetzt ist er ja Schwiegersohn auf Savn und kommt oft auf den Hof."

„Er ist Schwiegersohn?" rief Anders in ziemlich unbeherrschtem Ton und fühlte, daß er blaß wurde.

„Ja, verlobt mit der Tochter."

Anders sah einen letzten Schimmer von dem grinsenden Gesicht des Anwalts durch die Türöffnung.

* * *

Als Anders nach Hause kam, fragte er seine Schwester, ob sie etwas davon gehört habe, daß Gjatrid mit dem Adjunkten verlobt sein solle.

Kirstine wurde sehr rot und sagte, sie hätte von Niels einen Brief darüber bekommen, aber sie hätte es nicht gewagt, es ihm zu sagen.

Anders fand, daß es ihn nicht so traurig machte, wie er eigentlich erwartet hatte. Doch er merkte mit Verwunderung, daß alles ihm plötzlich gleichgültig geworden war. Er hatte sofort gemerkt, als er wieder auf dem Wagen stand, nachdem er mit Bölling gesprochen hatte, daß es beinahe war, wie wenn der der Pajmoor-Prozeß oder der neue Aufschub von 3 Monaten ihn gar nichts anginge. Und doch war er darüber so erbittert gewesen, als er aus dem Thinghof fortging, wie er es selten über etwas gewesen war.

Er wollte nun ganz damit warten, etwas in dieser Sache zu tun, bis sein Vater in etwa 8 Tagen herüberzöge. — Aber auch die Bewirtschaftung des Hofes war ihm jetzt so gleichgültig geworden, daß er seine Gedanken kaum dabei festhalten konnte. Und dann fühlte er oft etwas, das er für Hunger hielt, — aber es half trotzdem nicht, wenn er aß; er hatte überdies keinen sonderlichen Appetit. Aber wenn er diese Empfindung hatte, so war es ganz gewiß fürchterlich, — ja, fast unerträglich, wie er in Gedanken dann immer auf Gjatrid Faurholt verfiel. — —

(Forts. folgt.)

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, zur Kenntnis zu bringen, daß zu unserem großen Schmerz unser innig geliebter treuer Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann 119f

Max Frommbach

als Kriegsopfer in der Nacht vom 12. zum 13. August 1917 im 46. Lebensjahre zur ewigen Ruhe eingegangen ist.

Richard Frommbach nebst Familie.
Berta Göll geb. Frommbach.
Arnhold Mosczinsky nebst Familie.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

August Schulz

vom Schlacht- und Viehhof.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Freitag, den 31. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus.

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht 188/12

Die Ortsverwaltung.

Dr. Hellwig
Sprechstunden ab 31. 8. 17 nachmittags 4—6. 671.*

Als Opfer des Weltkriegs fiel unser Kollege, der Schweißer 2865

Franz Stange

kurz nachdem er von seinem Heimatsurlaub zur Front mußte.

Durch die Aufrichtigkeit seines Charakters hat er sich ein ehrendes Andenken bei seinen Kollegen gesichert.

Die Schweißer und Schweißerinnen der Firma Luftverkehrs-Gesellschaft Johannisthal, Flugplatz.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme wie für die zahlreichen Kranzspenden bei dem Verlust meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters sagen aufrichtigen Dank 2916

Luise Ohlemann und Kinder.

Nach siebenmonatiger Krankheit verschied am 25. August im 49. Lebensjahre unser Kollege und Mitarbeiter, der Schriftsetzer 2905

Franz Wiese.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Das Personal der „Deutschen Tageszeitung“, Dessauer Str. 6/7.

Möbel
in allen Preislagen
1-, 2- u. 3-Zimm.-Wohnungen
empf. in mod. Ausführg.
Jul. Apelt, Tischlermstr.
Berlin SO, Adalbertstr. 6,
Hochbahnst. Kottb. Tor.

Nach langen, geduldig getragenen Leiden starb am 28. d. Mts. meine liebe Frau

Berta Fritsch
geb. **Friedemann**

im 30. Lebensjahre. 2595

Berlin-Steglitz, 30. Aug. 1917
Forststr. 6.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Steglitz, Bergstraße, aus statt.

Danksagung.

Für die mir aus Anlaß des Todes meines lieben Mannes, des Zimmerers **Anton Smolinski** erwiesene Aufmerksamkeit spreche ich den Herren Kollegen der Werkstätten der städt. Gasanstalt IV, Danziger Str., hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Frau **Franziska Smolinski**, NO, Danziger Str. 52.

Universal-Briefsteller 3,50 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Zähne mit echtem Friedenskautschuk,
mit u. ohne Platte, Goldkronen, Brücken, Plomben, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitg., Reparat. sofort. Billige Preise, auch Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser nur Brunnenstraße 185,
nahe Invalidenstr. Persönlich zu sprechen von 10-7. Sonnt. 10-12.

Obst

auf dem **Gutshofe in Dödorf** ist **ausverkauft.** 77/19
Die **Gutsverwaltung.**

Ich kaufe Platin
besonders alte, auch zerbrochene
Gebisse
in Kautschuk und Metall sowie alte Holzbrennstifte nur Freitag, 31. Aug., und Sonnabend, 1. Sept., von morgens 10 bis abends 7 Uhr im Hotel Zum grünen Baum, Krausenstr. 56/58, Zimmer 1, part. 77/12*

Zahle für Zähne bis 1,50 M. für Platina Gr. 7,60 M.
Frau Knuth.

Fette, besonders fette
achtpfündige Kaninchen, Hühner.
Tasche Nachf. A. Schmidt,
Berlin, Planufer 21. *

Verkäufe

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligste Preise! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, Iltisgarnituren, Kaningarnituren, Neue Herrengarderobe! Uhrenverkauf, Schmucksachen, Silbersachen, Wandbilder! Leihhaus, Warschauerstraße 7. 169K*

Einbeinige, Fußkranke kaufen neue einzelne Stiefel und Schuhe bei Garkisch, Petersburgerstraße 37. 296K*

40 Skunks-Garnituren, echte, groß, schön, modern, weil Sommer 300 Mk. die Garnitur. Sickos, Alexandrinenstraße 72, an der Dresdenerstraße. [5K

Lieferwagen. Klappsportwagen, Holzräder, alle Reparaturen an Kinderwagen, Korbmacher Weidlich, Brunnenstraße 96. 280K*

Pelzkragen, Pelzmuffen verkauft Pfandleihe Petersburgerstraße 37. 296K*

Pelzleihhaus Wegner, Potsdamerstraße 47, bietet die größten Vorteile. Ueber 1000 Stück neue echte Pelzwaren in allen erdenklichen Pelzarten. Große Auswahl. Besondere Gelegenheiten. Sommerpreise. Vorteilhaftеste Bezugsquelle für jeden Geschmack. Echte Felle zum Aussuchen von 3 Mk. an. Sonntags geöffnet. 3K*

Eine gut erhaltene Handnähmaschine zu verkaufen. Ewert, Müllerstraße 67, vorn 4 Treppen.

Pelzwaren, neue, sowie Aenderungen und Neuanfertigung sehr preiswert. Besichtigung ohne Kaufzwang. Große Frankfurterstraße 99 I, am Straußberger Platz. * 4K

Völsche, Ernst Häckel. Ein Lebensbild. Statt M. 1,— für 75 Pf. Geb. statt M. 2,— für M. 1,50. Das Pferd und seine Geschichte. Geb. statt M. 2,50 für M. 1,75. Brosch. statt M. 1,50 für M. 1,—. Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3, Laden. *

Teppich-Thomas, Oranienstraße 44, spottbillig, farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. [259K*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Dritte erweiterte Auflage. Mit 126 Textabbildungen. Preis 4 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Kostümrock, Portieren, blaufarben, Jungmannen-Uniform mit Pyjek, Wanderstiefel, Backfischkostüm. Klopstockstr. 23 IV, vorn. 2996

Möbel

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl, niedrigste Preise. Besichtigung 8½—7. 257*

Chaiselongues 70,00, 90,00. Plüschsofas. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. [*258K

Große Auswahl hervorragend gediegener Herrenzimmer, schwer geschnitzt, noch in großer Auswahl am Lager. Besichtigung lohnend. Altbekanntes Möbelhaus Südost, Moritz Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. [196K*

Musikinstrumente

Pianinos, seltene Gelegenheiten, 350,00 aufwärts. Flügel 300,00 aufwärts. Krüger, Neue Königstr. 31, Alexanderplatz. *235/6

Kaufgesuche

Leinölfirnis, Standöl bis 18,00, alle Oellacke bis 11,00 kaufen Vorowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2379. *

Schallplatten von 25 Pf. an, abgespielte, sowie zerbrochene, kauft und tauscht jedes Quantum, Musikhaus, Große Frankfurter Straße 101. 242K*

Möbeleinkauf! Kleiderschränke, Vertikos, Plüschsofas, Trumeaus, Bettstellen, Waschtoiletten, Kücheneinrichtung, ganze Wirtschaften und Nachlässe kauft höchstzahlend Höfer, Prinzenstraße 71. (Moritzplatz 1078.) *

Schmucksachen, Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,60, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 5141K*

Schnellauf - Spiralbohrer, Stahl, Werkzeuge kauft Metalleinkauf Herrmann, Kottbuser Damm 66. 291K*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Sektkorken bis 25, Weinkorken 4, sowie alle andere und neue, jeden Posten, Schallplatten, Walzen, auch zerbrochene, kauft Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. 123K*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Schmucksachen, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, Film- und Zelluloidabfälle, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, sowie sämtliche Abfälle, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Vertreterbesuch. 171*

Platinankauf, Gramm bis 7,60 (ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu gesetzlichen Preisen. Metallkontor John, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Kottbuserstraße 1. Kottbusertor). Moritzplatz 12858. Firma genau beachten. *

Leinölfirnis, Terpentinersatz, Fußbodenlack, Emaillelack, Kopal, Kolophonium, Borax, Paraffin, Bienenwachs, Ceresin, Ringpinsel, Kluppenpinsel und ähnliches kauft zu guten Preisen, Wolter, Thaerstraße 6. 191K*

Unterricht

Rösners Handelslehranstalt, Neue Promenade 3 (Börsenbahnhof) und Berliner Handelsschule, Seydelstraße 1. Beginn neuer Kurse. Ausbildung zu wirklich perfekten Buchhaltern, Buchhalterinnen, Kontoristen, Stenotypisten, Bureaubeamtinnen, Halbjahrskurse, Jahreskurse. Honorar 20—25,00, Abendkurse 15,00. Einzelfächer, Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung 15,00, Richtigsprechen, Richtigschreiben, Schönschreiben, Wechsellehre, Rechnen, Korrespondenz, Englisch, Französisch, monatlich 6,00. Aelteren Personen und Nichtkaufleuten Einzelunterricht. Abgangszeugnis kostenlos. Gratisprospekt. [247/8*

Klavierkursus, Erwachsenen Schnellmethode, Monatspreis 3,—. Klavierüben frei. Musikakademie, Oranienstraße 68 (Moritzplatz). 77/3

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68K*

Vermietungen

Wohnungen

Simeonstraße 13. Kleine Wohnungen, billig. 252b*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Einbinder auf Wer verlangt Heinze, Bürknerstr. 15. [*280b

Hotelpagen und Kellnerlehrling gesucht. Käding, Königgrätzerstraße 125. 235/8

Hausdienerinnen, kräftig, sofort gesucht. Meldungen zwischen 10—12 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. 299K*

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. — Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—7 Uhr abends in der Personal-Verwaltung 4. Stock. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. [299K*

Packerinnen sofort gesucht. Meldungen zwischen 10—12 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W. 50, Tauentzienstr. 21/24. • 299K*

Lehrkassiererinnen. Junge Damen mit schöner Handschrift, welche gut rechnen können, sofort gesucht. Meldungen in unserer Personalverwaltung im 3. Stock. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W. 50, Tauentzienstraße 21/24. [299K*

Löterinnen auf Wasserkästen aus verbleitem Eisenblech stellt ein Max Liskow, Berlin N. 39, Am Nordhafen 5. *

Kontoristinnen für unsere Warenannahme, sofort gesucht. Meldungen 1—2 oder 6—7 Uhr. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. [*299K

Geübte Autogen-Schweißerinnen verlangen Spin u. Sohn, Wassertorstraße 9. 297b

Arbeiterinnen auf leicht zu erlernende Maschinenarbeit verlangt Reinhardt, Schützenstraße 60/62. *293b

Hausreinigung, sauberes Haus, Goßlerstraße 23, 3 Aufgänge, mit Stube, Küche zu vergeben. 235/7

Botenfrau, Tour Tegel und Reinickendorf-West, stellt ein Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10, „Vorwärts“-Spedition. *

Zeitungsfrau verlangt „Vorwärts“-Spedition Neukölln, Siegfriedstraße 28/29. *

Zeitungsausträgerin verlangt Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 59. *

Zeitungsausträgerinnen können sich melden. „Vorwärts“-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15.

Frau zum Zeitungsaustragen verlangt Klein, Grünau, Friedrichstraße 10. *

Zeitungsbotin verlangt „Vorwärts“-Ausgabestelle Berlin-Niederschöneweide, Brückenstraße 10 II I., Unruh. *

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts“-Ausgabestelle Alt-Boxhagen 56, Laden. *

Botenfrauen verlangt „Vorwärts“-Spedition, Wattstr. 9, Laden. Von 11—1½ und 4½ bis 7 Uhr. *

Zeitungsausträgerin sofort einzustellen. Vorwärtsspedition Moabit, Wilhelmshavenerstraße 48, von 11—1½ und 4½—7 Uhr. *

Botenfrau stellt ein Werkmann, Friedrichshagen, Cöpenickerstraße 18. *

Botenfrau stellt ein „Vorwärts“-Spedition Tempelhof, Ueckermann, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstr. f*

Botenfrau verlangt Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17. *

Botenfrauen verlangt sofort Ausgabestelle Greifenhagenerstraße 22. *

Zeitungsausträgerinnen werden sofort eingestellt „Vorwärts“-Spedition, Markusstraße 36. *

Botenfrauen werden eingestellt „Vorwärts“, Charlottenburg, Eosanderstr. 1. *

Zeitungsträgerin sofort verlangt Spedition Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Laden. *

Frauen zum Zeitungsaustragen stellt ein Vorwärtsausgabestelle Ackerstraße 174, am Koppenplatz, von 11 bis 1½ und von 4½ bis 7 Uhr. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts“-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9. *

Zeitungsausträgerin sofort gesucht. P. Gursch, Reinickendorf-Ost, Kameke straße 12 II.

Hausdiener
Hausdienerinnen
erhalten sofort Anstellung.
A. Wertheim G. m. b. H.
Moritzplatz. 1762

Tischler,
selbst., ält., für Militärautos,
und **Schlosserlehrlinge**
verlangt 256/1
Eduard Tillack, Masch.-Fabr., Weißensee, Lehderstr. 39/41.

Holzbildhauer
sofort gesucht. 204/18
Julius Grieneisen,
Schöneberg,
Belziger Straße 56.

Maschinenmeister
sucht **Buchdruckerei Max Brodek,** Blücherstr. 22, III. Hof. [77/17*

Elektromonteure
suchen **Herz & Co.,**
77/15 Kaiserallee 25.

Ankerwickler.
Tüchtiger, erfahrener Wickler für kleinere Dreh- und Gleichstrom-Motore in angenehme, dauernde Stellung sofort gesucht.
Pix & Co.,
elektr. Licht- und Kraftanlagen,
Regensburg. [223/2*

Werkzeugmacher
für Instandhaltung der Schlosser- und Klempnerwerkzeuge sowie Werkzeugmaschinen sofort gesucht. Mit elektr. Mot. u. Installat.-Arbeiten vertraute Bewerberger bevorzugt. 77/18
David Grove, G. m. b. H.,
Charlottenburg,
Kaiserin-Augusta-Allee 86.

Kräftige Frauen
für leichte Flaschenkellerbeiten u. Flaschenspüler werden gesucht.
Schultheiß' Brauerei A.-G.,
Abt. II, Lichterfelder Str. 11/17.

---

2 Autogenschweißer
verlangt 3002
Auergesellschaft Berlin O 17.
Meldungen im Einstellbureau Ehrenbergstraße.

Dreher, Reparaturschlosser und Hilfsarbeiter
sucht **Maschinenfabrik für Sicht- u. Förderanlagen G.m.b.H.**
Teltow, Ruhlsdorfer Straße. 212*

Arbeiter
stellen ein 53142*
Hüttenwerke Tempelhof A. Meyer
Berlin-Tempelhof,
Germaniastraße Nr. 145/146.

Mehrere Schmiede
auf Heeresarbeiten (Hufschmiede u. andere), 2972*
Schirrmeister
für einfache Arbeiten verlangt.
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N. 20, Pankstr. 29
und **Berlin-Tempelhof,**
Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

Laufburschen
ehrlich und flink, sofort gesucht.
C. Lewin, Berlin NW. Invalidenstr. 50/51

Reparaturschneider
auf alte Bahnpaletots verlangen
Mohr & Speyer,
Jägerstr. 14 III. 662*

Hausschlosser
m. Fahrstühl., Motoren, Zentralheizung vertraut, sofort für großen Restaurationsbetrieb gesucht. 294b
Paulanerbräu,
Kurfürstendamm 10.

Präzisionsdreher (Spitzendreher)
Werkzeugmacher
Fräser
gesucht. 1442*
Deutsche Motoren-Baugesellschaft
Marienfelde,
Straße 94, neben Eiko-Film-Gesellschaft.

Gelerntes und ungelerntes weibliches Personal
für dauernde Arbeit
sucht in allen Abteilungen
Zigarettenfabrik Garbáty,
Berlin-Pankow, Berliner Str. 123-125.*
Meldungen im Betriebs-Bureau, Eingang Hadlichstraße, wochentags von 8—5 Uhr, Sonntags von 10—12 Uhr.
Verbindungen: Straßenbahn Nr. 45, 47, 49, 51, 57, Siemens-Bahn, Linie Treptow—Buchholz, Auto-Omnibus Nr. 4.
Vorort-Verkehr: Stettiner Bahnhof—Bernau, Stettiner Bahnhof—Oranienburg.

Tüchtige Maschinenschlosser
stellt sofort ein 53102*
Loeb & Co. G. m. b. H.,
Automobil- und Flugmotorenfabrik,
Berlin-Hohenschönhausen, Goeckestraße

Mechaniker,
Werkzeugmacher und
Arbeiterinnen über 16 Jahre
verlangt sofort 1702*
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Berlin-Lankwitz, Charlottenstr. 31.

Tüchtige
Arbeiterinnen
werden eingestellt. Meldungen Einstellungsbureau Ehrenbergstraße.
3002* **Auergesellschaft, Berlin O. 17.**

Bauarbeiter und Arbeiterinnen
werden eingestellt. — Zu melden morgens 8 Uhr am Eingang I Flugplatz Johannisthal beim Polier der 2726*
Held & Francke Aktiengesellschaft.

Leimerinnen und
Komplettiererinnen
suchen **Mack u. May,** Wallstr. 57.

Arbeiterinnen
kräftige, z. Kohlenpress.,
Löterinnen
für Zinkhülsen. 73/1*
Löterinnen
für Batterien, sucht
Batterie-Fabrik **Zeiler**
Rungestraße 20.

Maschinenschlosser
verlangt
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Berlin C 54, Sophienstraße 22/22a.

Tüchtige Spitzendreher
werden sofort eingestellt. 53112*
Loeb & Co., G. m. b. H.,
Automobil- und Flugmotorenfabrik,
Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 27/28.

Frauen und Mädchen
als Maschinenarbeiterinnen
an **Drehbänken und Bohrmaschinen**
werden sofort eingestellt.
Gewehrfabrik H. Burgsmüller u. Söhne.
Abt. Wurfgranaten.
Kreiensen (Harz). 832*

Jugendliche Arbeiterinnen
werden verlangt. 51L*
Gebr. Stollwerck A.-G., Chausseestraße 87.